

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

163 (17.7.1925)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Maßstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbmönatlich 1.— M mit 90 J ohne Zustellung. Einzelpreis 10 J, Samstags 15 J. — Anzeigen: die einspaltige Kolonelle 20 J, auswärts 25 J, Reklamen 80 J. Annahmeschluss 8 Uhr vormittags. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle: u. Redaktion: Luffenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Schriftleitung: Georg Schöfelin; für die Redaktion verantwortlich: Hermann Kadel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag der Verlagsdruckerei Volksfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

Das Aufwertungsunrecht versiegelt

Der Reichspräsident verzichtet auf den Volksentscheid und unterzeichnet das Gesetz über die Hypothekenaufwertung — Die kleinen Sparer können in den Mond gucken

Berlin, 16. Juli. (Eig. Meldun.) Der Reichspräsident konterte am Donnerstag vormittag mit dem Reichskanzler und dem Reichsjustizminister über die durch die Verabschiedung des Aufwertungsgesetzes durch den Reichstag und die von der sozialdemokratischen Fraktion durch den Gen. Keil abgegebene Erklärung geschaffene Situation. Hindenburg entschied sich entsprechend dem Willen von Luther für die Verkündung des Aufwertungsgesetzes. Er verzichtete damit darauf, von dem ihm verfassungsmäßig zustehenden Recht zu Gunsten der Sparer und Gläubiger (entgegen seiner früheren Erklärungen) Gebrauch zu machen. Reichspräsident Hindenburg hat das Aufwertungsgesetz unterzeichnet. Es tritt sofort in Kraft.

Damit ist den Millionen deutscher Sparer die letzte Hoffnung geraubt. Sie haben Schweres erlitten in den letzten Jahren, sie haben ihr Vermögen verloren, und sind von den Parteien der Rechten, vor allem den Deutschnationalen, durch Wahlversprechungen betrogen worden. Die einzige Hoffnung, die sie noch hegten, war die auf Hindenburg. Nun aber hat die von Herrn Luther geführte und von den Deutschnationalen maßgeblich beeinflusste Regierung auch den Reichspräsidenten bezwungen, sich gegen die Gläubiger und Sparer zu entscheiden.

Die Aufwertung hat bei der Präsidentenwahl im April eine entscheidende Rolle gespielt. Bei dem kleinen Unterschied zwischen der zahlenmäßigen Stärke der beiden großen Heerlager war es der Sparerbewegung möglich, den Ausschlag zugunsten des Kandidaten Hindenburg zu geben. Die Sparer sind damals von den Vinsparteiern, besonders den Sozialdemokraten, gewarnt worden. Sie ließen aber die Ansicht, daß Hindenburg der Kandidat der kapitalistischen Parteien war, nicht gelten. Hindenburg war für sie kein Partei-kandidat, und daß die Deutschnationalen ihn auf den Schild erhoben, war ebenfalls für sie belanglos. Man erwartete, daß ein Mann wie Hindenburg nie seinen Namen unter ein Gesetz schreiben würde, das das deutsche Recht vernichtet und den Mittelstand enteignet. So lautete die Begründung, die von politisch naiven Wortführern der Sparerorganisation in vielen Teilen des Reichs zugunsten der Wahl Hindenburgs ausgegeben wurde. Es nützte auch nichts, daß ihnen genant wurde, die verfassungsrechtliche Befugnis des Reichspräsidenten sei genau abgegrenzt, denn wenn Reichstag und Regierung in einer großen Frage der Gesetzgebung entschieden hätten, könne der Reichspräsident nicht als Diktator diese Entscheidung für nichtig erklären. Der Reichspräsident hat nach dem Artikel 70 der Reichsverfassung nur verfassungsmäßig zustande gekommene Gesetze binnen Monatsfrist zu verkünden, aber er kann nach Artikel 72 innerhalb dieser Frist auch anordnen, daß das Gesetz dem Volksentscheid zu unterbreiten ist. In diesem Falle unterbleibt die Verkündung. Art. 72 der Reichsverfassung sieht die Möglichkeit vor, den Reichspräsidenten

ten gleichermaßen vor der Verkündung zu warnen, denn dieser Artikel bestimmt, daß die Verkündung eines Gesetzes um 2 Monate ausgesetzt ist, wenn ein Drittel des Reichstags es verlangt. Wird das Gesetz doch durch Mehrheitsbeschluß des Reichstags für dringlich erklärt, so kann die Verkündung trotzdem erfolgen. In diesem Falle liegt es ganz in der Hand des Reichspräsidenten, ob das Gesetz verkündet wird oder nicht. Der Sinn des Art. 72 ist also nur der, den Reichspräsidenten an seine Rechte zu erinnern.

Von diesem Verfassungsartikel ist bisher nie Gebrauch gemacht worden. Bei der Entscheidung über das Aufwertungs-gesetz mußte es geschehen. Verdankt doch Hindenburg seine Wahl den Wähler-schichten, die sich gegen dieses Gesetz auflehnten. Hindenburg selbst hatte außerdem noch vor Kurzem eine Deputation von Sparerverbänden, die sein Eingreifen im Sinne ihrer Forderungen verlangten, erklärt, daß er sich „als alter Soldat die Freiheit seines Handbells vorbehalte“. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat dafür gejornt, daß dem Reichspräsidenten Hindenburg die Freiheit des Handbells gegeben wurde. Sie stimmte dem wäfflichen Antrag zu, die Aussetzung der Verkündung des Aufwertungs-gesetzes zu verlangen und sicherte ihm die erforderliche Stimmenzahl von einem Drittel des Reichstags. Sie gab sich aber nicht, wie die Wäfflichen, der Hoffnung hin, daß Hindenburg nun wirklich „als Reiter in die Erscheinung treten würde“, sie wußte, daß Hindenburg nur das Organ der Rechtsregierung war und diese Regierung und die Rechtspartei waren festgelegt auf die Enteignung der Gläubiger und Sparer. Man stehe dem Wohl-ergehenden Großgrundbesitzer, dem Krieg und Inflation eine Bereicherungsgelienheit waren, näher, als dem vertriebenen Recht der verarmten Gläubiger. Ja, wenn es sich um die Ruhrkönige gehandelt hätte, dann hätte vielleicht der Reichspräsident es wagen dürfen, sein Veto gegen das Gesetz einzulegen, aber der Reichspräsident wird nicht in die Lage kommen, großkapitalistische Interessen gegen Regierung und Reichstag schützen zu müssen, denn es zeigt sich bei der Lösung der Aufwertungsfrage, daß die Wünsche des Großkapitals stets erfüllt werden.

Die Unterzeichnung der Aufwertungs-gesetze durch den Reichspräsidenten Hindenburg bedeutet den Abschluß einer welt-historischen Tragödie. Die Sparerorganisationen werden den Kampf um ihr Recht fortzusetzen versuchen, aber die furchtbare Enttäuschung, die ihnen der „Reiter“ bereitet hat, wird ihren Elan lähmen und die deutschnationalen Wahl-betrüger werden nicht versäumen, auch durch weitere Bemühungen die Opfer ihres Trugspiels zum Schweigen zu bringen. Mögen nun die um ihre letzte Hoffnung gebrachten beklagenswerten Opfer eines irreführenden kapitalistischen Freibüchlers erkennen, daß nur durch gemeinsamen Kampf aller Enterteten und Enteigneten dem Recht und der Gerechtigkeit zum Siege verholfen werden kann.

gültigkeit einer 2/3-Mehrheit des Reichstages. An dieser fehlen 55 Stimmen.

In Kenntnis dieser Tatsache hat darum mehr als das verfassungsmäßige Drittel des Reichstages auf Grund des Artikels 72 der Reichsverfassung die Aussetzung der Verkündung verlangt, damit durch einen Volksentscheid die wahre Meinung des Volkes ermittelt werde. Diefelben Parteien, welche 1 1/2 Jahre lang für die Not der Sparer und Gläubigen kein Verständnis gezeigt hatten, wollen von ihnen, Herr Reichspräsident, wieder unter Vorpiegelung falscher Behauptungen jetzt diese sofortige Verkündung des Gesetzes erzwingen, indem sie durch die Dringlichkeitsklärung des Gesetzes überzumpelt werden sollen. Namens aller Geschädigten und der rechtlich denkenden des Reiches erklären wir hiermit die Vereithaltigkeit, 3 Monate der Herbeiführung eines unanfechtbaren Gesetzes, welches von der Mehrheit des Volkes angenommen wird, auf den Beginn der Leistungen der Schuldner zu warten als ein Gesetz verkünden zu können, welches alle Merkmale der Verfassungswidrigkeit in sich trägt, geschichtlicher Anfechtung ausgesetzt ist und das fast unermessliche Volksbegehren die Bevölkerung und die Wirtschaft für viele Monate den heftigsten Kämpfen und Erschütterungen aussetzen muß.

Die Entscheidung ist jetzt in Ihrer Hand, Herr Reichspräsident, gelangt und die Mehrheit des Volkes erwartet in Ihrer Not, daß sie den verfassungsmäßigen, von dem einstimmigen Teil des Reichstags beschlossenen Aussetzungswahnen der Verkündung des Gesetzes entsprechen und den damit geforderten Volksentscheid herbeiführen lassen. Gleichseitig bitten wir um ungehörten Empfang unserer Abordnung um mündlichen Vortrage.

Wo sind die deutschnationalen Wäffler, die vorstehenden Silberfuf veröffentlichten, sie schämen und bezichtigen sich selbst damit den großen Betrug, der ihnen von Millionen Deutschen mit gutem Recht vorgeworfen wird. Auch im „Karlsruher Tagblatt“ wird man diesen Silberfuf veracchiid finden.

Die Antwort an Briand

Berlin, 16. Juli. Der Reichskanzler hat heute nachmittag die Führer sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Wäfflichen und der Kommunisten zu sich berufen, um sie vertraulich über den Inhalt der deutschen Antwortnote zu unterrichten und die Stellungnahme der Parteiführer kennen zu lernen. Der Besprechung wohnte Reichsaußenminister Dr. Stresemann bei. Die große politische Aussprache über diese Note, die am Sonntag oder spätestens am Montag veröffentlicht wird, soll am Mittwoch beginnen. Die Aussprache wird mit einer vom Reichskanzler abgeordneten Regierungserklärung eingeleitet werden, die sich auf die allgemeine innere und äußere Politik erstrecken soll. Mit der Besprechung der Regierungserklärung sollen verbunden werden die Beratung der von den Sozialdemokraten eingebrachten Interpellation über die Außenpolitik und das von den Wäfflichen eingebrachte Mißtrauensvotum gegen den Reichsaußenminister Dr. Stresemann.

Berlin, 16. Juli. Bei der heute nachmittag zwischen Reichskanzler Dr. Luther und den Vertretern der Regierungsparteien stattgefundenen Besprechung wurde volle Uebereinstimmung hinsichtlich der abzubehenden Antwortnote in der Sicherheitsfrage erzielt. Die Vertreter der Regierungsparteien gaben ihre Zustimmung zur Note. In besonderer Besprechung wurden dann noch die Sozialdemokraten und Demokraten gehört, die sich ihre Stellungnahme vorbehalten.

Es entspricht einer alten Gewohnheit, daß sich die Minister der jetzigen Reichsregierung ab und zu moralisch prügelten und dann eines schönen Tages wieder geeint zusammenstehen. Dieses Bild erleben wir vorläufig 14 Tagen, und eines ähnlichen Schauspiels durfte sich die deutsche Öffentlichkeit erst wieder vor 3 Tagen erfreuen. Anfangs großer Krach zwischen Schiele und Stresemann über die Außenpolitik, und jetzt wieder „volle Einigkeit“. Sie bezieht sich neuerdings auf den Inhalt der vorläufigen Antwortnote an Briand, über den das Kabinett am Mittwoch mehr als drei Stunden beraten hat. Die Tendenz des Entwurfs soll ein Komzomik zwischen den Auffassungen der Deutschnationalen und der Meinung des Außenministers darstellen. Sie ist im übrigen von dem Grundgedanke diktiert, die eingeleitete Diskussion fortzuführen, ohne aber im positiven Sinne ein bestimmtes Ziel der Reichsregierung erkennen zu lassen.

Heute Freitag vormittag um 10 Uhr wird der Entwurf der Note, an dessen ursprünglicher, vom Auswärtigen Amt entworfenen Form durch das Kabinett verschiedene geänderte wurde, dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstags vorgelegt werden, so daß die Ueberreichung am Montag in Paris erfolgen könnte. Vorerst aber bleibt es noch zweifelhaft, ob der Entwurf heute überhaupt die Zustimmung der Regierungsparteien findet; denn man muß immer damit rechnen, daß die Meinung des Herrn Schiele auf einmal nicht mehr identisch ist mit der Auffassung der deutschnationalen Fraktion und infolgedessen bestimmte Forderungen von den Freunden des Grafen Brestart beantragt werden. Jedenfalls ist es zu begrüßen, daß die Note vor ihrer Uebermittlung nach Paris dem Auswärtigen Ausschuß zur Stellungnahme vorgelegt wird; denn nur so kann dem bisherigen Schwindel der Deutschnationalen vorgebeugt werden. Ihnen ist anzutragen, daß sie trotz der angeleglich im Kabinett erzielten „Einmütigkeit“ über den Inhalt des Entwurfs und ohne Rücksicht auf die Zustimmung des Herrn Schiele eines Tages die Verantwortung für die Note ablehnen würden. Mit der Beratung im Auswärtigen Ausschuß wird diese Methode hinfällig! Sie verpflichtet die Deutschnationalen im übrigen endgültig zur Mitverantwortung für den Inhalt der Note vom 9. Februar, sobald sie ihre Zustimmung zu der bevorstehenden Antwort an Briand gegeben haben; denn die jetzt abzubehende Note der Reichsregierung ist eine logische Fortsetzung des Angebotes vom 9. Februar. Ohne dieses Angebot wäre die jetzige Antwort überflüssig!

Die Lage in Marokko

Paris, 16. Juli. (Amtlicher Bericht.) Das Kriegsministerium veröffentlicht folgendes Communiqué: Gemäß den getroffenen Bestimmungen hat die französische Regierung Truppenverpflichtungen nach Marokko entsandt, um die Sicherheit der französischen Zone zu gewährleisten und durch ihre Erfolge über Abd el Krim den Abschluß eines Friedens zu erleichtern. Diese Verstärkungen sind in Konzentration begriffen. Um ihre Aufbarmachung sicher zu stellen, hat die französische Regierung beschlossene, Marschall Petain an Ort und Stelle zu entsenden, um mit Ubautey Vorkehrungen und die im Hinblick auf einen Erfolg zu treffenden Maßnahmen zu ergreifen. Petain ist heute von Paris nach Toulouse abgereist, von wo er sich im Flugzeug morgen vormittag über Malaga nach Rabat begeben wird.

Paris, 17. Juli. (Eigener Funddienst.) Nach den Mitteilungen der Wäffler sollen die Truppenverbände, die gegenwärtig in Südfrankreich zum Abtransport nach dem marokkanischen Kriegsschauplatz konzentriert werden, die Stärke eines ganzen Armeekorps haben. Sie sollen, wie das „Journal“ mitteilt, bei Casablanca aufammengezogen und an der Westfront verwendet werden. Nach dem gleichen Blatt soll ein weiteres Armeekorps an der Grenze von Alger zusammengezogen werden, um die französische Linie bei Taza zu verstärken.

Paris, 16. Juli. Die „Information“ kündigt an, daß die auf der französisch-spanischen Konferenz in Madrid ausgearbeiteten Friedensbedingungen Abd el Krim in den nächsten Tagen durch zwei spanische und einen französischen Vermittler in Alger übermitteln werden sollen.

Ein von der deutschnationalen Presse unterdrückter Hilferuf der Sparer an den „Reiter“

Berlin, 17. Juli. (Eig. Funddienst.) Der Aufwertungs-betrug ist durch die Unterzeichnung Hindenburgs zum Gesetz erhoben. Ihn haben die letzten Anführer der Sparer und Gläubiger kalt gelassen. Er hat getan, was Luther und die deutschnationalen Minister als Größe der kapitalistischen Partei wollten. Am Donnerstag vormittag ging dem Reichspräsidenten ein Hilferuf von den Aufwertungsorganisationen zu. Das bezeichnende ist, daß die ehemals so großen Freunde der Sparer und Gläubiger und der Deutschnationalen diesen Hilferuf nicht wiedergeben, sondern sich mit der Entscheidung des Reichspräsidenten und in der Presse stumm abfinden, als sei das, was Hindenburg gemacht hat, für sie von vornherein selbstverständlich gewesen. Der Hilferuf der Aufwertungsorganisationen lautet:

Herr Reichspräsident! Mit nur 290 von 428 Stimmen hat der Reichstag in unschlüssiger Ueberhäufung das Gesetz betreffend die Hypothekenaufwertung angenommen. Diese geringe nominelle Mehrheit ist eine trügerische durch Fraktionszwang und durch eine große Anzahl von Abgeordneten entgegen ehrlicher anderer Ueberzeugung bestimmt worden, für das Gesetz zu stimmen. Diese Abgeordneten haben damit ihre Gewissensfreiheit preisgegeben und zum großen Teil den Anschauungen und Berechnungen zuwidergehandelt, mit welchen sie ihre Wähler gewonnen haben. Von mehreren Abgeordneten steht leider bereits fest, daß sie in Wahrechnung persönlicher Interessen ihr Mandat mißbraucht haben. Durch diese Zusammenhänge ist eine entscheidbare Mehrheit des Reichstages hier eingetreten, welches die Mehrheit des Volkes verweigert. Der Inhalt dieses Gesetzes ist verfassungsändernd und bedarf darum zu seiner Rechts-

Stimmen der Zentrumsarbeiter

Gegen den Hochschutzzoll und gegen den Mietwucher
 Die Arbeiterzentralen Westdeutschlands waren in Köln versammelt, um zu den Steuer- und Zollfragen Stellung zu nehmen. Die einleitenden Referate hielten die Zentrumsabgeordneten Stegerwald, Zoot, Gerhardt, Schlad und Dr. Bräuning. Die die „Kölnische Volkszeitung“ am Mittwoch früh berichtet, herrschte über die im Reichstag in Aussicht genommene Regelung der Aufwertungs- und Steuerfrage in der Versammlung keine allgemeine Befriedigung. Uebereinstimmend kam zum Ausdruck, daß bei den geplanten Mietpreissteigerungen und Hauszinssteigerungen die Mietsteigerungen in nächster Zeit unter keinen Umständen 100 Prozent der Friedensmiete übersteigen dürfen, die Hauszinssteuer müsse in erster Linie dem Wohnungsneubau dienen.

Das Hauptinteresse der Versammlung war natürlich der Zollfrage zugewandt. Nach einer gründlichen Aussprache, in der auch viele Arbeiter aus der Fabrik und aus der Werkstatt zu Worte kamen, wurde schließlich eine Entschließung einstimmig angenommen, in der betont wird, daß die Kaufkraft der breiten Volksschichten gegenwärtig so tief gedrückt sei, daß jede vermeidbare Belastung unter allen Umständen abgelehnt werden müsse. So lange die 70 Prozent Gehalts- und Lohnempfänger in Deutschland so wenig Kaufkraft hätten, könnten einzelne Zweige der Wirtschaft nicht zur Gesundung gebracht werden. Wörtlich heißt es in der Entschließung dann weiter:

„Die Weltwirtschaft und die deutsche Wirtschaft sind noch zu unübersichtlich, als daß Deutschland jetzt schon langfristige Handelsverträge abschließen könnte. Notwendig sind vielmehr für den Augenblick kurzfristige Verträge. Die Konferenz lehnt jedwede einseitige Hochschutzzollbestrebungen in Industrie und Landwirtschaft ab. Aufgabe der deutschen Handelsvertragspolitik muß es vielmehr sein, durch entsprechende Zollsätze die Schutzsollmauer in anderen Ländern, mit denen Deutschland Güteraustausch betreibt, abzubauen. Die Vorlage der Reichsregierung ist in einer Reihe von Industrie- und Lebensmittelpositionen für Verratsfälle unannehmbar. In der Übergangszeit, für die die demnächst abzuschließenden Handelsverträge gelten sollen, müssen die Verträge und die überflüssigen Zwischenträger in der deutschen Wirtschaft weitgehend beseitigt und die ungerechtfertigte Spanne zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreis planmäßig abgebaut werden.“

In dieser Resolution kommt der tiefe Unwille, die die kurzfristige brutale Steuer- und Zollpolitik der Schamerindustriellen-großagrarischen Regierung bei den Wählern der bürgerlichen Parteien auslösen muß, drastisch zum Ausdruck. Jedes Wort ist eine Verächtlichmachung der hochhiesigen Kritik, die die Sozialdemokratie noch an den Regierungsvorlagen bisher geübt hat. Noch ist die Entscheidung im Reichstag nicht gefallen, noch hat vor allen Dingen das Zentrum die Möglichkeit, die Argumente seiner Arbeiterwähler noch einmal zu überprüfen, ehe es durch seine Stimmenabgabe im Reichstag die Waagschale zugunsten der deutschnationalen Restrukturpolitik abgibt. Beim Zentrum liegt die Entscheidung. Wird es der Stimme der Vernunft folgen?

Zustiz von heute

In Sonderhausen wurde vor einigen Monaten der sozialdemokratische Beigeordnete Genosse Stegmann verurteilt, weil er in einer Versammlung angeblich mit folgenden Worten zum Tischhau angefordert haben soll: „Wenn Sie nicht Geld hebt, um das Holz zu bezahlen, dann geht in den Wald und holts Euch!“ In der Verhandlung hatten drei Parteigenossen ausgesagt, daß eine solche Äußerung nicht gefallen sei. Alle drei wurden sofort festgenommen und wegen angeblichen Meinwiderstandes in Untersuchungshaft gesperrt. Nach viermonatlicher Haftdauer wurden sie wegen fehlerhaften Protokolls zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen das Urteil wurde von den Angeklagten und vom Staatsanwalt, dem die Strafe zu niedrig erschien, Berufung eingelegt, mit der sich die Strafkammer in Sonderhausen dieser Tage zu beschäftigen hatte. Jetzt erlebte der Staatsanwalt eine glatte Niederlage, da die Anklage völlig zusammenbrach. Der Staatsanwalt beantragte trotzdem sechs Monate Gefängnis, während sich das Gericht dem Antrag des Verteidigers Genossen Dr. Rosenfeld anschloß, und sämtliche Angeklagte freiließ.

Dadurch ist der reaktionäre Versuch, durch einen Meinwiderstand unsere Bewegung in Sonderhausen zu schädigen, gescheitert. Die Klassenjustiz aber kann ihrem Vorberbeitung ein neues Blatt einfügen.

Vom kommunistischen Parteitag

Von der Definitivität kaum beachtet, begeht die Kommunistische Partei in diesen Tagen in Berlin ihren 10. Parteitag. Schon in Neuereichkeiten kommt die entscheidende Veränderung der Stellung der KPD zum Ausdruck. Dem plötzlichen Aufstieg im Inflationsjahr ist ein ebenso stöhrlicher Abstieg gefolgt. Heute ist die KPD nur um ganz wenig stärker, als wie sie zu Beginn des verhängnisvollen Jahres 1923 gewesen ist. Während sie damals wenigstens noch Rechnungen über ihre Mittelverbräuche vorlegte, schweigt sie sich heute aus. Die fieserster echt revolutionäre Aufmachnung der Oktobertag 1923, das sowjetrussische Meerlager im sächsischen Landtagsgebäude, hat sich in eine auf bürgerliche drave Parteitagstimmung verwandelt. Sein säuberlich geordnet erhalten die Herren Delegierten in einer schönen Manne ihre 35 Druckfächer. Nur die meterlangen Tischen erinnern an die schönen Zeiten der Vergangenheit, in denen man morgen oder übermorgen die Wästel des Reiches zu füllen hoffte. Dem Ueberstrom ultralinken Hochvertrauens ist auf Kommando die Parole der Annäherung, des vorläufigen Mandatvertrages, des Ausweichens, des Kompromisses gefolgt. Europa und Deutschland sind nicht mehr der Mittelpunkt der Weltrevolution. Ihr Wetterzeichen scheint nach Sinowjew nur noch in China, allenfalls in Maroffo.

Eine löbliche Langeweile liegt infolgedessen über den Verhandlungen, dieser scheinrevolutionären Tagung. Selbst die Berichte der „Roten Röhre“ können nicht mehr vortäuschen, was beim besten Willen nicht zu entdecken ist. Die einzige Sensation, die Interesse erregen könnte, ist die Anwesenheit vieler Chinesen und die Begrüßung des Parteitags durch chinesische Delegierte. Ingenieure ernsthafte Debatte oder Auseinandersetzung hat an den beiden ersten Verhandlungstagen nicht stattgefunden. Schneller, organisatorisch die rechte Hand von Frau Ruth Fischer, gab den Bericht über die Tätigkeit der Zentrale. Die „Linie“ der KPD ist nach seiner Mei-

nung im vergangenen Jahre nicht immer die richtige gewesen. Aber jetzt wird dank der göttlich leninistischen Erleuchtung der Mehrheit der Zentrale die „Linie“ der KPD endlich und unwiderruflich zu einer wirklich leninistischen umgebogen. Die Mehrheit des Parteitags ist unidirektional und zentralisiertrromm. Nicht umsonst ist Ruth Fischer wochenlang im Lande herumgefahren. Ein lautes Murren der ultralinken Opposition, der Rindsköpfe um Rosenber, Scholen, Rab, ersticht unter der Wucht dieser kompakten Majorität. In der Debatte wirkt Ruth Fischer den Vinken vor, daß sie treuen. Auch das blüht nicht, es kommt zu keiner ernsthaften Erörterung, Gegenwärtige Stimmen werden Tischen und Resolutionen der Zentrale angenommen.

Am zweiten Tage referiert Genosse, der revolutionäre Eisenbahner, über die Organisation der KPD. Ihr Wesen definiert er ganz richtig als fortbauende und anhaltende Reinigung von allen Elementen, die eines Restes von Vernunft fähig sein könnten. Die Reinigungsaktion ist nach ihm noch nicht beendet, hierauf wird die Zentrale sie im Kampf gegen alle Widerständigen zu Ende führen. Nach langen und ausgiebigen Mittagspausen wird auch das zur Kenntnis genommen und als richtig vom Parteitag bestätigt.

Niemand wird annehmen, daß die KPD, in kurzer Zeit von der Bildfläche verschwinden wird. Die Töne deutscher Arbeiter an ihrer Organisation ist viel zu groß, als daß ein solcher Prozeß in Wochen sich vollziehen könnte. Nach der künstlichen Aufblähung der Inflationsjahre ist aber heute die KPD auf ihren früheren Stamm zurückgeworfen. Die dem Stamm verjüngt sie neues Leben durch ihre neue Taktik einzuführen. Hunderte von Funktionären in der KPD, haben erlöst aufgegeben, als sie die Möglichkeit betamen, den katastrophalen Widdim des letzten Jahres, der zur Wahl Hindenburgs führte, aufzuheben zu können. Eine Zeit lang wird die KPD, infolgedessen sich voraussichtlich halten, dann aber muß die weitere Abwärtsentwicklung genau so unaufhaltsam vor sich gehen, wie wir stets die Entwicklung der KPD als ein Beispiel betrachten haben. Das Weiterleben der Revolution versteht sich zu den Kolonialländern: nach Maroffo, Indien und China. Damit verabschiedet auch die KPD, als vollstehige Faktor. Was übrig bleibt, ist ein leinerm Umfang nach vorläufig noch ein beachtlicher Rest. Ohne Ideen, ohne politische Zielsetzung und ohne selbständige Linie gegenüber der Sozialdemokratie ist aber kein Schicksal besetzt. Die Langeweile dieses Parteitags ist symptomatisch für das, was den deutschen Kommunisten bevorsteht: Langeweile, aber festeres Absterben!

Aus dem Freistaat Baden

Der zweite Nachtrag zum Staatsvoranschlag 1924-25

Dem Landtag ist heute der zweite Nachtrag zum Staatsvoranschlag für die Rechnungsjahre 1924/25 zugegangen. Der Haushaltsausschuß des Landtags wird alsbald mit der Durchberatung des Nachtrags beginnen, worauf noch das Plenum des Landtags die Verabschiedung vorzunehmen hat. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß der Landtag vor Anfang August seine Beratungen nicht beenden wird.

Der zweite Nachtrag enthält fast ausschließlich Sachforderungen und nur mit wenigen Ausnahmen Forderungen, die sich mit Personalangelegenheiten beschäftigen. Eine Zusammenstellung der Anforderungen in diesem zweiten Nachtrag ergibt in Ausgaben: Ministerium des Innern 2,4 Millionen Mark ordentlicher Etat jährlich, 2,2 Millionen Mark außerordentlicher Etat für 1924/25 zusammen; Justizministerium 65.000 Mark ordentlicher Etat für 1924/25 jährlich, 340.000 Mark a. o. Etat für 1924 und 1925 zusammen; Kultus- und Unterrichtsministerium 1,6 Millionen Mark a. o. Etat für 1924 und 1925 jährlich, 872.500 Mark a. o. Etat für 1924/25 zusammen; früheres Verkehrsministerium 1,9 Millionen Mark a. o. Etat für 1924/25 jährlich, 11 Millionen Mark a. o. Etat für 1924/25 zusammen; Finanzministerium 25,1 Millionen Mark a. o. Etat für 1924/25 jährlich und 5,3 Millionen Mark a. o. Etat für 1924/25 zusammen. Die Summen der Gesamtausgaben im zweiten Nachtrag beläuft sich somit im ordentlichen Etat für 1924 und 1925 jährlich auf 31,1 Millionen Mark und im außerordentlichen Etat für 1924/25 zusammen auf 19,8 Millionen Mark.

An Einnahmen werden veranschlagt im ordentlichen Etat 38,5 und im a. o. Etat 2,4 Millionen Mark. Es verbleibt somit im ordentlichen Etat für die beiden Jahre 1924 und 1925 zusammen ein Einnahmehüberschuß von 14,7 Millionen Mark, dem im außerordentlichen Etat ein Ausgabenüberschuß von 17,3 Millionen Mark gegenübersteht. Somit beträgt die Mehrausgabe 2,6 Millionen Mark. Rechnet man hierzu den Fehlbetrag von rund 4 Millionen Mark nach dem Finanzgesetz vom 8. August 1924, so ergibt sich für die beiden Jahre 1924 und 1925 ein Gesamtfehlbetrag von rund 6,7 Millionen Mark, genau 6.699.369 Mark.

Die Besetzung des badischen Gesandtschaftspostens in Berlin

Nachdem sich das badische Staatsministerium in den letzten Monaten mehrfach mit der Frage der NeuBesetzung des badischen Gesandtschaftspostens in Berlin beschäftigt hat, wurde nun im Kabinett der Beschluß gefaßt, die Wiederbesetzung dieses Postens erst nach den Landtagswahlen zu vollziehen. Es soll damit, wie die „R. B. Z.“ hört, ein völlig neuer Aufbau der Gesandtschaftsvertretung in Zusammenhang stehen, da die schwache Besetzung der badischen Gesandtschaft gegenüber den Vertretungen anderer Länder, vor allem Württembergs und Sachsens, die badischen Interessen immer schwerer zu beinrechtlichen droht. Der Umfang der in Berlin wahrzunehmenden wirtschaftlichen Beziehungen und der gesetzgeberischen Aufgaben ist gegenüber früher so groß geworden, daß andere deutsche Bundesstaaten längst daraus die Konsequenzen gezogen und ihre Berliner Gesandtschaften mit der entsprechenden Anzahl von Bevollmächtigten (Württemberg beispielsweise mit 5 gegen nur 2 badische) und mit ausreichendem Hilfspersonal besetzt haben.

Beteiligungs Baden an der Internationalen Kunstgewerbeausstellung in Moskau. Im Frühjahr 1925 findet im Schloße von Moskau eine Internationale Kunstgewerbeausstellung statt. Das Deutsche Reich beteiligt sich an der Kunstausstellung und hat hierzu auch die Länder aufgefördert. Für die dringende erwünschte Beteiligung des badischen Kunstgewerbes hat die badische Regierung einen Betrag von 10.000 Mark in den zweiten Nachtrag zum Staatsvoranschlag eingestellt.

Förderung der Landwirtschaft und des Weinbaues durch den badischen Staat. Die finanzielle Lage der Landwirtschaftskammer macht die Erhöhung des Staatsbeitrags erfor-

derlich, weshalb in den Nachtrag zum Staatsvoranschlag ein Betrag von 20.000 Mark eingestellt wurde. Weiter wurde 105.000 Mark als Staatszuschuß an den Badischen Weinbauverband veranlagt und für die Förderung an den Weinbau und für die Reichsbauabstimmung sind 320.000 Mark in den Nachtrag eingestellt, außerdem noch 24.000 Mark für die wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiete der Weinbehandlung. Für die Anstellungen auf Milch- und Viehfrankensuchen ergibt ein Betrag von 85.000 Mark und ferner die Summe von 225.000 Mark als Staatszuschüsse an den Darlehenszinsen aus Bürgschaften des Landes für landwirtschaftliche Organisationen.

Bildung eines Landeswohlfahrtsfonds. Die badische Regierung beabsichtigt, einen Landeswohlfahrtsfonds zu bilden und hat dafür einen Betrag von 700.000 Mark in den zweiten Nachtrag zum Staatsvoranschlag eingestellt. Die Mittel dieses Landeswohlfahrtsfonds sind zur Förderung der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege bestimmt, insbesondere zur Gewährung von Darlehen zu niedrigem Zinsfuß. Es sollen dabei besonders berücksichtigt werden Fürsorgeverbände, Kriegs- und Kriegrentner, ferner sollen Einrichtungen der Arbeitsfürsorge für Erwerbsbeschäftigte, die Jugendwohlfahrt, die Altersversorgung gefördert, Maßnahmen zur Erwerbsbeschäftigung der Blinden, Taubstummen und Krüppel und die Wohlfahrtsfürsorge unterstützt werden.

Verbandsstag des Fabrikarbeiterverbandes

Leipzig, 9. Juli.
 In der Mittwochsitzung kam während der Aussprache über die Entwürfe zu den Lohn- und Tariffragen folgender Brief, durch den die Komunisten den Verbandsstag der Fabrikarbeiter teilhaftig vorbereiten, zur Verlesung:

„An die Fabrikarbeiter in Betrieben. Die Entwürfe, die ich, tagt am 5. bis 7. Juli der Verbandsstag der Fabrikarbeiter in Leipzig. Um unseren Einfluß geltend zu machen, sind die von uns ausgehenden Parolen genau zu beachten und zu befolgen. Es ist so zu verfahren, daß jeder Betrieb Delegationen zum Verbandsstag entsendet. Die Delegationen sind mit einem Ausweis zu versehen, außerdem das von uns überhandte Rundschreiben. Die Meldung erfolgt in Leipzig (Schleierhof) von 9 bis 10.30 Uhr. Dort wird der Genosse Lehmann, die Delegierten weiterleiten. Wird Lehmann nicht angetroffen, gibt der Brief Auskunft. Um unsere Entschließungen wirksamer zu gestalten, sind die Delegationen so zu verteilen: 2 u. 4. u. 6. Juli; 3 u. 5. Juli; 7. Juli; 8. Juli; 9. Juli. Montag; 10. Juli. Dienstag; 11. Juli. Also an die Arbeit. Mit Parteigrüß Lehmann.“

Die kommunistischen Delegierten hielten sich nach der Verlesung dieses für Treiben kennzeichnenden Briefes in Schweigen, bei dem Verbandsstag selbst löste die Bekanntmachung teils fürmliche Parteierlei, teils Entschuldigend aus.

Zur Tarif- und Lohnbewegung nahm der Verbandsstag am Donnerstag eine Entschließung an, in der es heißt: „Für den weiteren Ausbau der Tarifverträge ist vorzugsweise anzustreben: Die Sicherung des Mindestlohntages und des Anspruchs auf Ferien. Festsetzung eines angemessenen Lohnmaximals, Schutzbestimmungen für die Arbeiterkraft, insbesondere für Arbeiterinnen und jugendliche Personen, Sicherung und Erweiterung der Ansprüche auf den sozialen Gesetzgebung und des Arbeitsrechtes.“

Die Voraussetzung für Schaffung guter Tarifverträge und deren Durchführung ist eine starke, disziplinierte und kampfbereite Organisation. Es ist Pflicht aller Mitglieder, auf die eigene Kraft zu vertrauen, an dem Ausbau und der Stärkung des Verbandes mitzuarbeiten.“

Ueber die Stellung der Betriebsräte im Fabrikarbeiterverband referierte Genosse D. A. L. er, der nach einem hitzigen Leberbild über das Zustandekommen des Betriebsrätegesetzes vor allem unterrichtig, daß strikte Organisation und Hand- und Fußarbeit in der Gewerkschaft Vorbedingung für Betriebsräte ist. Unorganisierte Betriebsräte hätten während der Kämpfe um die Arbeitszeit überhaupt keinen Rückhalt gehabt, und der Arbeiterkampf nur gescheitert. Auf die Vorschlagsliste seien nur Gewerkschaftsmitglieder zu setzen; den Unorganisierten müsse es unbenommen, eine eigene Liste aufzustellen.

Genosse Drey sprach über die Auswirkung der Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses zur Bildung von Industrieorganisationen und wandte sich gegen die Entschließung Dittmann auf dem Leipziger Gewerkschaftskongress. Sie bedeute eine Unterdrückung des Fabrikarbeiterverbandes in den Industriezweigen, in denen er seinen Fuß gefaßt hat.

Am Donnerstag sprach Genosse K. Schmidt über die Bildungsbestrebungen des Verbandes unter besonderer Berücksichtigung der Jugendbildung. In eigener Verbandskategorie war 235 Mitglieder die Möglichkeit der Teilnahme an Bildungskursen gegeben. Nicht weniger als 54.000 Mark hat der Verband für Bildungsbestrebungen auszugeben. In der Aussprache fand diese Tätigkeit des Verbandes auch reichhaltige Anerkennung. In einer Entschließung wird veranlagt, daß vor allem den jugendlichen Fabrikarbeitern in Anbetracht ihrer unzulänglichen Schulbildung weitestmögliche Gelegenheiten geboten wird, ihr Wissen zu erweitern, und sich besonders mit den Ideen des Sozialismus vertraut zu machen. Den Zahlstellenleitungen macht es der Verbandsstag zur Pflicht, bei den Ortsauschüssen des ADGB für die Gründung von Jugendpartellen zu wirken.

Genosse Schmidt referierte am Freitag über die Forderungen des Verbandes an das künftige Arbeitsrecht und die soziale Gesetzgebung. Er warnte davor, die Ausarbeitung des neuen Arbeitsgesetzes allein den Juristen und Wissenschaftlern zu überlassen. Die Bedeutung der Sozialgesetzgebung liege sehr in die Augen, wenn man bedenkt, daß in Deutschland 24 Millionen gegen Frankreich, 18 Millionen gegen Italien und 16 Millionen gegen Invaldität verfiel sind. In einer Entschließung, die zur Annahme kam, wurde als dringende Forderung aufgestellt, von modernen Grundgesetzen aus ein neues Arbeitsrecht zu schaffen, das als autonomes Recht vor Ausübung und Leberverteilung schliken muß. Arbeitsgerichte, in allen Teilen unabhängig von der Justiz, müssen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse ohne juristischen Formalismus Recht sprechen. Die Bildung von Arbeitsbehörden ist eine unbedingte Notwendigkeit. Die Arbeitskraft, als Gut der Nation bewertet, ergibt, daß die Sozialversicherung von heute den Voraussetzungen und Anforderungen nicht entspricht.

Am Sonntag hielt Genosse Drey als Abschluß ein Referat über das geplante Arbeitszeitgesetz, wobei er einen Ueberblick über die Entwicklung der Arbeitszeit bis zum Weltkriege gab und besonders auf den vom ADGB geplanten Volksentscheid für die Achtstundentage einging. Dabei hob er gegenüber dem Drängen auf schnelle Durchföhrung dieses Volksentscheides die Folgen hervor, die ein ablehnender Entscheid mit sich bringen könnte.

Bei der Wahl des Hauptvorstandes wurden dessen bisherige Mitglieder gegen wenige Stimmen wiedergewählt.

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 17. Juli

Geschichtskalender

17. Juli: 1762 Jor Peter III. im Auftrag seiner Gattin erdrosselt. — 1790 Der englische Nationalökonom Adam Smith in Edinburgh. — 1793 Charlotte Corday, Mörderin Marats, guillotiniert.

Gefahren der Straße

Unterrichtsgegenstand in Schulen. — Die 10 Gebote der Straße. Radfahrerfallen.

Mit der Steigerung der Bevölkerungsdichtigkeit und dem damit verbundenen Anwachsen des Verkehrs haben sich die Gefahren der Straße bedeutend vermehrt. Kein Tag vergeht, an dem nicht Unfälle im Karlsruher Polizeibericht gemeldet werden, die sich im Straßenverkehr ereignet haben. Ein Teil dieser Unfälle hätte sich vermeiden lassen, wenn die Beteiligten nicht durch Leichtsinn oder Sorglosigkeit selbst dazu beigetragen hätten. Warnungen, die in dieser Hinsicht immer wieder erfolgen, werden leider vielfach nicht beachtet. Auch Eltern versäumen oft, ihre Kinder zu ermahnen, auf der Straße beim Gehen oder Spielen den Gefahren aus dem Wege zu gehen. Manches Menschenleben und manche Gesundheit hätte erhalten bleiben können, wenn die Warnungen und Ermahnungen beachtet worden wären.

In den Schulen sollte nun die Erkenntnis und Vermeidung der Gefahren der Straße als Unterrichtsgegenstand eingeführt werden. In den untersten Klassen beginnend, sollte der Unterricht mindestens einmal wöchentlich in der Turnstunde, bei den Wanderungen, in Spielform und durch reine Belehrung stattfinden, hin und wieder durch einen uniformierten Polizeibeamten. Folgende 10 Gebote sollen dabei eingeschärft werden:

1. Verweile als Fußgänger nicht länger als unbedingt nötig auf dem Fahrdamm.
 2. Uebersteige den Fahrdamm, auf dem kürzesten Weg und blide vorher nach links und rechts.
 3. Ueberstrecke ihn nicht kurz vor oder hinter einem Wagen.
 4. Rechts halten! Nichts ausweichen! Links überholen! Dies gilt auch für Fußgänger.
 5. Bildet keine Gruppen auf dem Bürgersteig! Geht nicht in Reihen nebeneinander.
 6. Kreuze Bahnhöfe, Gänge, ohne dich überzeugt zu haben, daß kein Zug kommt.
 7. Besteige und verlasse Straßen- und Eisenbahnwagen sowie Autobusse nicht während der Fahrt. Steige stets in der Fahrtrichtung ab; linke Hand am linken Geländer.
 8. Gänge blide nicht an Wagen.
 9. Unterlaß das Nachfahren und Laufen dicht neben oder hinter fahrenden Fahrzeugen.
 10. Zu Rad auf dem Fußweg neben der Landstraße muß du Fußgängern ausweichen.
- Wie bei allen Unterrichtsgegenständen muß das Elternhaus aber auch hier die Schule unterstützen. Auch die Eltern müssen nach wie vor ihre Kinder immer wieder ermahnen. Damit ist nicht gesagt, daß die Kinder verängstigt werden sollen, im Gegenteil, man soll sie daran gewöhnen, sich auch im dichtesten Verkehr zu bewegen, aber auch die erforderliche Sorgfalt zu beobachten. Jedoch nicht nur Kinder benötigen diese Ermahnungen, sondern auch Erwachsene. Oft genug steht man, wie ungeschickt sich besonders Frauen im öffentlichen Verkehr benehmen. Sie laufen dem Radfahrer, dem Auto direkt in den Weg, beim Absteigen (auch Abpringen) von der Straßenbahn lassen sie lastig mit der rechten Hand den rechten Griff und steigen (ober springen) der Fahrtrichtung entgegen ab, was alles falsch ist, sondern umgekehrt gemacht werden muß. (Abpringen während der Fahrt soll überhaupt unterbleiben.)

Eine Erhöhung der Straßengefahren bringt auch die Ueberlastung einiger Straßen durch Verkehrsmittel aller Art, wozu noch kommt, daß die Fahrgeschwindigkeit der Schwerefahrzeuge Vorschriften oft außer Acht gelassen werden.

Die Hauptbedingung, um die Gefahren der Straße zu beseitigen, ist gegenseitige Rücksichtnahme. Der Fußgänger halte Augen und Ohren offen und achte auf seinen Weg. Die Führer von Verkehrsmitteln aber müssen zu schnelles Fahren (besonders in belebten Straßen) vermeiden, die rechte Fahrbahn innehalten und ihre Signale nicht vergessen. Fahrzeuge, die nicht unbedingt Hauptverkehrsstraßen passieren müssen, sollten diese meiden. Wenn diese gegenseitige Rücksichtnahme überall und stets geübt wird, dann können die Gefahren der Straße auf ein Mindestmaß herabgemindert werden.

Zur Ausstellung „Das Schwäbische Land“ in Stuttgart

Führt am nächsten Sonntag von Karlsruhe aus ein Zug ab. Von der Ausstellung sind die Gewerkschaften und die Gewerkschaften des Schwäbischen Landes herzlich eingeladen worden. Die Ausstellung zeigt die Schwäbische Kultur und Heimatskunde. Besondere Erwähnung verdienen die Schwäbische Kunst des 19. Jahrhunderts — Große Schwäbische Kunstschau, „Schwäbische Kunst der letzten 25 Jahre“. Abends sind Sonderveranstaltungen.

Der Fahrpreis beträgt ab Karlsruhe hin und zurück 5.50 M, ab Durlach 5.30 M einschließlich Eintritt für alle Ausstellungen. Der Zug ist äußerst schnell gefahren, er fährt in Karlsruhe ab 6.57, Durlach 7.08 und trifft in Stuttgart 9.16 ein. Abfahrt in Stuttgart abends 10.06, Durlach an 12.02, Karlsruhe an 12.16. Wer es irgendwie von den Gewerkschaften oder sonstigen Personen machen kann, verleihe diese günstige Gelegenheit. Fahrkarten sind in Karlsruhe im Reisebüro, Kaiserstr. 153 erhältlich.

Vermehrung des Kartgeldes

In Reichsmünzen waren bis Ende Juni 1925 in den sechs deutschen Reichsmünzen geprägt — die Prägungssätze für den Monat Juni in Klammern gesetzt: — Einmarmünze 204 722 826 RM. (14 782 397 RM.), Zweimarmünze 5 468 896 RM. (4 841 598 RM.), Dreimarmünze 135 004 710 RM., Einmarmünze 2 778 028,49 RM. (15 000 RM.), Zweimarmünze 5 000 341,70 RM., Fünfmarmünze 24 953 693,45 RM. (259 750,65 RM.), Zehnmarmünze 109 361 476,50 RM. In der Stuttgarter Münze sind im Laufe des Monats Juni geprägt worden: 2 Millionen Stück Einmarmünze, 500 000 Zehnmarmünze.

Zur Eröffnung des Luftdienstes Karlsruhe-Basel

Das erste Flugzeug der Badischen Luftverkehrs-Gesellschaft ist am Mittwoch zu seiner ersten Fahrt nach Basel hier angekommen, um am Nachmittag auf dem Flughafen Erlenfeld (Basel) zu landen. Die neue Luftlinie Karlsruhe-Basel ist von besonderer Bedeutung, weil Karlsruhe einen Ausgangspunkt im deutschen Luftverkehrsnetz bildet und somit direkten Anschluß für die Schweiz nach den wichtigsten deutschen Städten und über die Grenzen des Deutschen Reiches nach den norddeutschen Staaten vermittelt. Die 170 Kilometer lange Flug-

strecke Karlsruhe-Basel wurde in einer Stunde und acht Minuten zurückgelegt. An der ersten Fahrt beteiligten sich Oberbürgermeister Dr. Winter und weitere Vertreter der Stadt. Eine Delegation der Politik beider Basel sowie Vertreter der karlsruherischen und badischen Behörden und der deutsche General-Konkurrenz in Basel hatten sich zum Empfang eingefunden. Der nächste Kurs Karlsruhe-Basel wird am nächsten Sonntag durchgeführt.

Republikanische Kinder

Daß es Kinder gibt, deren republikanische Konzeptionen vielen erwachsenen Republikanern zum Vorbild dienen könnte, zeigt ein der Freiburger „Volkswacht“ zugehöriger Brief eines republikanischen Vaters, welcher auf seinen republikanischen Sohn nicht wenig stolz ist. Zwar liegen die geschiedenen Vorurteile schon etwas zurück, aber das schadet nichts. Den Kindergeist zu gelingen, ist der Zweck der Wiedergabe des Inhalts dieses Briefes. Wir lesen da:

„Mein Junge, den die „Volkswacht“-Redaktion auch kennt, machte kürzlich mit seinem Großvater eine Reise nach dem benachbarten A. h. Die Stadt war besetzt, da an diesem Tage die Wegenermeister Wadens ihren Verbandsstag abgehalten und wahrscheinlich beraten haben, wie es zu erzielen wäre, daß der Windstaden billiger wird, ohne daß dabei die Würde etwas länger werden müssen, sondern vielmehr noch kürzer und mit geringem Radius herzustellen wären. Besagter war also reichlich, wohl auch zum Teil, weil am gleichen Tage Gindenburg, der „Ketter“ in Berlin in sein Amt eingeführt wurde. Abends kam mein Junge verärgert zurück und sagte mir: „Geh nur nicht ins Hotel Kranz, die haben schwarz-weiß-rot gesteckt!“ Als der Großvater in einem Geschäft einkaufen wollte, hielt ihn mein Junge an der Tür zurück, zeigte auf die schwarz-weiß-rote Fahne, die am Hause ausgehängt war, und meinte zum Großvater: „Da wird von uns nichts gekauft!“ Der Großvater lachte, wie es sich gehört, auch lässlich nichts. „Diese schwarz-weiß-rote Fahnen haben mich sehr geärgert“, meinte mein republikanischer Sohn, der das erste zehnjährige Lebensjahr noch nicht voll hat.

Zur Begrüßung legte ich ihm einen Geburtstagsbrief seiner zehnjährigen Kusine vor. Meine Kusine, was da für schöne Geburtstagswünsche ausgesprochen seien, war der Grund, daß ich mir den Brief vorlesen ließ. Als mein Sohn fertig war mit dem Vorlesen, hatte ich viel Mühe, die glücklichen Gesichter zu verbergen, die in mir älteren Republikaner ausgeblüht waren. Das Mädel verriet die gleiche republikanische Stimmung, wie ich sie eben von meinem Sohne zu meiner großen Freude feststellen konnte. Der Brief lautete:

Lieber Walter!

Dir, lieber Walter, gratuliere ich vor allem. Soffentlich hast Du einen schönen Tag. Dieses Jahr hast Du Glück, denn Du hast morgen Schulfrei. Es wäre Dir doch sicher lieber gewesen, wenn Du nicht frei hättest. Dein schwarz-rot-goldener Wunsch, Marx gewähnt zu wissen, hätte Dir noch Freude gemacht, wenn er erfüllt worden wäre, als die Gesetze, die Du zu Deinem Geburtstag bekommst.

Es grüßt Dich herzlich Deine Kusine Trude.

Weshalb diese Kinder nicht manchen alten Republikaner? Wohl sind es nur einzelne Kinder, deren glühende Begeisterung und Liebe zur Republik sich hier äußert. Aber es werden Millionen sein, wenn die Republikaner alle in die empfänglichen Herzen ihrer Kinder die Samen derer pflanzen, aus denen echte Liebe zum republikanischen Vaterland, Abneigung gegen den Krieg und Freude am Friedenswerk und Kulturfortschritt der Menschheit hervorzuwachsen werden. Und dann ist die Deutsche Republik in sicherer Hut.

Große Schweizer Kunstausstellung in Karlsruhe

Am auch die Bildbauerkunst gebührend zu Worte kommen zu lassen, werden auch Hauptpersönlichkeiten der Schweizer Kunst mit einer größeren Anzahl von Werken ausges: der Züricher Hermann Haller und der Baseler Carl Burdhardt, der im letzten Jahre verstorben ist und noch viel zu wenig bekannt geworden.

Zur Eröffnung der Kunstausstellung hat der schweizerische Bundesrat den schweizerischen Gesandten in Berlin, K. L. A. G., beauftragt, an der Eröffnungsfest für die Ausstellung der Schweizer Kunst in Karlsruhe teilzunehmen. Die Festvorrede findet am 19. Juli statt.

Die Ausstellung „Der Zahnarzt“

Das Ehrenräthchen der für die Zeit vom 31. Juli bis 8. August in den Räumen der technischen Hochschule Karlsruhe unter dem Namen „Der Zahnarzt“ in Aussicht genommenen Ausstellung für Schulzahnärzte und für soziale Hygiene hat Staatspräsident Dr. Brüning übernommen, während dem Ehrenrangschuß die herorragendsten Professoren der Medizin und Zahnmedizin, ferner Vertreter der Reichsregierung und Länderregierungen, die Vorstände der Gesellschaften zur Bekämpfung der Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, des Rumpfschwandens und verschiedener Vereinigungen und Organisationen angeschlossen, die an der Gründung und der Wohlfahrt des deutschen Volkes Anteil nehmen. Die offizielle Eröffnung der Ausstellung findet am Freitag, 31. Juli, vormittags 10 Uhr, in der Aula der technischen Hochschule statt. Am Samstag, 1. August, nimmt die wissenschaftliche Tagung der Südwestdeutschen Zahnärztvereine ihren Anfang, die am Sonntag fortgesetzt wird.

h. SPD. Bezirk Mühlhausen. Die am Dienstag abend stattgefundenen, gut besuchte Versammlung, welche mit einem Lied des Arbeitergesangsvereins „Arbeiterbund“ ihren Anfang nahm, wurde durch den Vortrag des Gen. H. S. P. L. E. sehr interessant gestaltet. Der Referent ging in seinen Ausführungen von dem Urmenschen aus und gab ein Bild der verschiedenen Wirtschaftsepochen. Immer war es eine Schicht, die die andere ausbeutete, besonders der Kapitalismus hat es seit seinem Bestehen verstanden, die arbeitende Klasse aufs Unversöhnlichste auszunutzen. Der Referent betonte, daß es Aufgabe der Sozialdemokratie ist, der kapitalistischen Weltanschauung entgegenzutreten und allmählich die sozialistische Wirtschaft einzuführen. Dem Referenten wurde mit Beifall geklopft. Gen. H. S. P. L. E. referierte sodann über die Bedeutung des Arbeiter-Samariter-Bundes für die arbeitenden Schichten. Verschiedene Bilder, die Unfälle entstehen u. s. w., ergänzten das gesprochene Wort. Der Redner legte dar, wie notwendig es ist, daß sich jeder Arbeiter und ganz besonders Arbeiterinnen im Hilfsdienst ausbilden, um überall bei allen Fällen sofort erste Hilfe leisten zu können, damit manche größeren Folgen vermieden werden können. Auch dem Genossen Frey wurde der Dank durch Beifall zuteil. Da keine Diskussion gewünscht wurde, gab der Gesangsverein noch einige Lieder zum Besten. Der Vorsitzende, Gen. H. S. P. L. E., dankte den Referenten sowie dem Gesangsverein und ermahnte alle Anwesenden, für den „Volkstempel“ und für die Partei zu agitieren. Jeder bekam zwei Volkstempelbelegblätter mit, um sie recht bald ausgefüllt zurück zu bringen. (Wer ist der erste?) Um 11 Uhr fand die sehr schön verlaufene Versammlung ihr Ende.

Die Mietervereinsung Karlsruhe a. S. veranstaltet heute abend 7 1/2 Uhr die Veranstaltung für Wirt- und Gildewirt in der Restauration „Unter den Linden“, Kaiserstr. 71, für Südstadt, Altstadt und übrige Bezirke im Karlsruher Stadteigentum. Tagesordnung: „Die ungeliebte Belastung der Mieter — Wohnungsverhältnisse ohne Ende“. Referenten: Herr Franz Kippahn, Werkmeister a. D., Herr August Mele, Vorsitzender. Dierau sind die Mieter eingeladen.

(2) Wander- und Erholungsheim für Mädchen. Aus dem Willen neuer Jugend entstand uns an einem der schönsten Punkte unseres Schwarzwaldes im Dörfchen Gersteburg bei Baden-Baden ein großes und feines Wander- und Erholungsheim, das den wanderlustigen Mädchen aller Gauen (Jugendherberge) bei ihren Wanderfahrten von Rastort über Forstorte gen Gersteburg im unteren Murgtal und den Bergen bei Baden-Baden ein gastliches Wohnheim bereiten soll. Für den Aufbau, die Einrichtung und zur Abdeckung unserer nicht unbedeutenden Schuldenlast bedürfen wir der freundlichen Hilfe der gesamten Bevölkerung. Wir bitten daher alle Jugendfreunde, wenn in den nächsten Tagen die mit beherdig abgestempelten Ausweisen versehenen Sammler und Sammlerinnen um eine Gabe bitten, um ihr Gutes zu tun. (Wer die Jugend liebt, hilft uns das schöne Werk vollenden!)

(3) Das Blatt 8 (Neufach) der Wanderfarte des Badischen Schwarzwaldvereins 1:50 000 ist soeben in vollständig neuer Bearbeitung in 3. Auflage erschienen. Die mancherlei Veränderungen der letzten Jahre im Kartengebiet sind auf den neuesten Stand nachgetragen, so daß die Karte in dieser Hinsicht von keiner anderen Wanderfarte dieses Gebietes erreicht wird. An Stelle der bisherigen farbigen Ausführung ist der Druck in 5 Farben getreten, der sich auch bei dem Sonderblatt „Litzsee-St. Blasien“ bewährt hat. Mitglieder des Schwarzwaldvereins erhalten auch dieses Blatt zu Vorzugspreisen durch ihre Ortsgruppen, im übrigen ist es sowohl in Umfassung als auch aufgezogen zu möglichem Preis im Buchhandel erhältlich.

(4) Der Gesangsverein „Kassalia“ veranstaltet am kommenden Sonntag ein Gartenfest im „Kühnen Kraut“. Den musikalischen Teil hat der Musikverein Karlsruhe übernommen. Auch werden verschiedene Volkstänze aufgeführt, um weiteren Unterhaltung beizutragen. Verbunden mit dem Gartenfest ist ein Preisfest, das bereits am Samstag abend beginnt. Wer am Sonntag sich einige begünstigte Stunden machen will, der gehe nach dem „Kühnen Kraut“ zur „Kassalia“. Abends von 8 Uhr ist Ball im großen Saal. Der Eintritt zu sämtlichen Veranstaltungen ist frei.

Wiener Operette im Stadt. Konzerthaus. Heute, Freitag, 17. Juli, kommt die große Komödieoperette „Das Weib im Purpur“ in der Originalbesetzung zum letzten Male zur Aufführung. Samstag, Sonntag und Montag geht die große moderne Operetteoperette „Gräfin Mariza“ von Emmerich Kálmán, die bei ihrer ersten Aufführung einen geradezu stürmischen Erfolg erlangt, in Szene.

Stadtkonzert. Am Samstag nachmittags konzertiert im Stadtkonzertsaal von 3 1/2—6 Uhr, die beliebte Kapelle des Musikvereins Harmonie unter Leitung von Hugo Kubold. Aus dem vielbesprochenen Programm seien besonders genannt: Dinerkament aus der Operette „Orpheus in der Unterwelt“ von Offenbach, Duett aus der Operette „Die schöne Galathee“ von Suppé. Das Konzert bietet die Gewähr für einige Stunden guter Unterhaltung und kann ein Besuch nur empfohlen werden.

Aus den Vororten

(1) Daglaben. Am Sonntag, 19. Juli, feiert der Arbeiter-Gesangsverein „Edelweiß“ sein 30jähriges Stiftungsfest auf dem Sportplatz der Freien Turnerschaft. Da noch eine größere Anzahl Gründungsmitglieder, sowie eine Anzahl von Mitgliedern, die auf eine 30jährige Tätigkeit im Verein zurückblicken können, vorstehen sind, hat der Verein beschloffen, dieselben auf eine besondere Art zu beehren und zwar schon am Samstag abend. Diese Vorfeier soll umrahmt werden durch sportliche und sonstige Aufführungen bei begünstigter Beleuchtung. Auf die Geschichte des Vereins wollen wir heute nicht eingehen, wir wollen dies beim Festbericht nachholen; eines sei aber im voraus schon bemerkt: Was der Verein seit seinem Bestehen für die Sängerbewegung, insbesondere aber in unserer Vorortbewegung getan hat, soll nicht vergessen werden. Wir können deshalb allen Parteigenossen von nun und fern empfehlen, das Stiftungsfest des Gesangsvereins „Edelweiß“ zu besuchen.

Karlsruher Polizeibericht vom 17. Juli

Ungeheuerliche Kindesleiche. Gestern früh wurde in einer Wirtshaus in Weinstadt ein Kind aufgefunden, in dem sich die Leiche eines neugeborenen Kindes befand. Es wird vermutet, daß das Kind von einem unbekanntem längeren Mann, der mit einer Frauensperson sich in der Wirtshaus aufgehalten hat, dorthin gelegt wurde und daß das Weib aus der Umgegend stammt. Um Mitteilung von Aufenthaltsorten zur Ermittlung der Kindesmutter an die Gendarmerie oder Polizei wird gebeten.

In total betrunkenem Zustande wurde gestern abend ein Möbeltransportarbeiter im Garten einer Wirtshaus der Karlsruher Straße aufgefunden. Da er noch längerer Zeit das Bewußtsein nicht wieder erlangte und Alkoholvergiftung vermutet wurde, fand er Aufnahme im städtischen Krankenhaus.

Verhaftungen wurden: Ein Gipsler von Kappelwied der vom Amtsgericht wegen Betrugs gefaßt wurde, ein Kaufmann von Germersheim, der vom Amtsgericht München zur Erkennung einer monatlichen Gefängnisstrafe wegen Betrugs ausgehrieben war, ein aus einer Anstalt entworfener Fürstentum, ein Schürmüller von hier, der zum Strafollus gefaßt wurde, 8 Personen wegen Badennehmens, 6 Personen wegen Verletzungen an den Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung, ferner 19 Personen wegen verschiedener sonstiger strafbarer Handlungen.

Veranstaltungen des heutigen Tages

Wiener Operettenspiele im Konzerthaus: „Das Weib im Purpur.“ 7 1/2 Uhr.
Kassale Operette: Künstler-Konzert mittags und abends.
Kassale Operette: „Die Mädchenhändler von Neuporf.“
Kassale Operette: Jeden Abend 8 1/2 Uhr Kabarett mit Künstlerspielen in seinem Stil.
Kassale Operette: Konzert nachmittags und abends.
Zentral-Volkstheater: „Die Liebesbriefe der Baronin E.“
Stadtkonzert: 8—10 1/2 Uhr Konzert alter Meister.

AUXOLIN

Schuppenbildungen
und den damit verbundenen
Haarausfall behandelt
man am zweckmäßigsten mit
Auxolin-
Schuppen-Pomade
von F. Wolff & Sohn, Karlsruhe.
Preis Mk. 1,25 und Mk. 2.— die Dose.

AUXOLIN

Unterhaltung und Belehrung

Pelle der Groberer

Von Martin Andersen Nexø

(Fortsetzung)

„Das waren verdammt schlechte Seelente!“ sagte Karl, während er Wasser herauswürgte — „die verstanden, Gott sei's geklagt, nicht das geringste. Die Katenleine hatten sie an die Wanken festgemacht und das lose Ende dem Kapitän um den Leib gebunden! Und ihr häßlich die Wirklichkeit sehen wollen, die da an Bord herrschte!“ Er sprach mit lauter Stimme, aber sein Blick war wie ein Schleier, der sich über etwas legte.

Dann zog man nach Hause ins Dorf mit den Schiffbrüchigen. Die Kuff sah so aus, als könne sie noch eine Weile dem Wasser Widerstand leisten.

Als die Schulkinder nach Hause gehen sollten, kam Ole lächelnd, die Leiche seines Sohnes auf dem Rücken. Er lief mit schlotternden Knien, fröhlich über die Erde hin und immer leise unter seiner Bürde. Tris hielt ihn an und war ihm behilflich, die Leiche in die Schulküche zu legen; sie hatte ein großes Loch in der Stirn. Als Pelle die Leiche mit der Hand ausgewaschenen Munde sah, fing er an zu hüpfen; er sprang kurz in die Höhe und ließ sich niederfallen wie ein toter Vogel. Die Mädchen sahen sich schreiend von ihm zurück; Tris beugte sich über ihn herab und sah ihn schmerzhaft an.

„Das ist keine Schandlichkeit“, sagten die Jungen, „das ist kein Verbrechen — er wird manchmal so. Das hat er mal gekriegt, als er gesehen hat, wie ein Mann aufstehen geklagert wurde.“ Sie sahen mit ihm nach der Pumpe, um ihn wieder zu sich zu bringen.

Tris und Ole machten sich mit der Leiche zu schaffen, lezten ihr etwas unter den Kopf und wuschen den Riez weg, der sich ihm in die Gesichtshaut hineingehauert hatte. „Er war mein bester Junge!“ sagte Tris und strich mit starrer Hand über den Kopf der Leiche. „Seht ihn nur ordentlich an, Kinder, und vergeßt ihn nie wieder — er war mein bester Junge!“

Dann stand er schweigend da und starrte hinaus, mit beklagter Stimme, die Hände schlaff herabhängend. Ole stand da und jammerte leise; er war erbärmlich alt geworden, auf einmal, ganz zusammengesunken.

„Ich muß ihn wohl mit nach Hause nehmen?“ sagte er Maaend und sahte unter die Schultern des Sohnes, aber die Kräfte waren verschwunden.

„Lass ihn nur liegen“, sagte Tris. „Er hat einen barten Tag gehabt und nun ruht er aus.“

„Ja, er hat einen barten Tag gehabt“, sagte Ole und führte die Hand des Sohnes an den Mund, um sie anzuhängen. „Und sieh, da, wo er den Kiemen gefühlt hat — das Blut ist ihm durch die Fingerspitzen gedrungen.“ Ole lachte mitten im Weinen. „Er war ein guter Junge“, er war für mich Eien und Trinken — und Licht und Wärme auch. Nie kam ein böses Wort gegen mich aus seinem Munde, der ich ihm doch nur Last lag. Und nun bin ich ohne Sohn, Tris — ich bin hilflos! Und ich bin zu nichts mehr nutz!“

„Du sollst schon dein Auskommen haben, Ole“, sagte Tris. „Denn ins Armenhaus zu kommen? Ich will so unvernünftig ins Armenhaus!“

„Ja, ohne ins Armenhaus zu kommen, Ole!“

„Wenn er jetzt doch Frieden finden könnte; er hat so wenig Frieden gehabt, hier auf Erden, in letzter Zeit. Es ist ein Lied über sein Unheil im Umlauf, Tris; jedesmal, wenn er das hört, war er wie ein neugeborenes Lamm in der Kälte. Die Kinder singen es auch.“ Ole sah sich schneidend in ihrem Kreise um. — „Es war ja nur ein jugendlicher Leichtsinn, und nun hat er seine Strafe auf sich genommen.“

„Dein Sohn hat keine Strafe bekommen, Ole, und auch keine verdient“, sagte Tris und legte den Arm um Ole's Schulter. „Aber ein großes Geschenk hat er gemacht, so wie er dalkant und so allem schmeicheln muß. Fünf Menschenleben hat er geschenkt, und sein eigenes hat er hergegeben! Für das keine, das er in Gedankenlosigkeit verwirrt hat. Ihm freigeschrieben Sohn hast du gehabt, Ole!“ Tris sah ihm hell ins Gesicht.

„Ja“, sagte Ole strahlend, „er hat ja fünf Menschenleben gegeben! — das hat er ja getan — ja, das hat er getan!“ Ole hatte bisher gar nicht daran gedacht — es war ihm wohl arger nicht in den Sinn gekommen. Aber nun hatte ein anderer dem Form gegeben, und er klammerte sich daran fest. „Fünf Menschenleben hat er doch gegeben, wenn es auch nur fünf Flammen waren. Dann wird der liebe Gott ihn wohl auch kennen!“

Tris nickte, so daß ihm das graue Haar über die Augen fiel. „Vergeßt ihn niemals, Kinder!“ sagte er. „Und jetzt geht still nach Hause!“ Leise nahmen die Kinder ihre Sachen und gingen; sie würden in diesem Augenblick alles getan haben, was Tris ihnen befohlen hätte — er hatte vollkommen Macht über sie.

Ole stand da und stierte geistesabwesend, dann sagte er Tris beim Kermel und zog ihn an die Leiche. „Er hat aut geendet“, sagte er — „das Blut ist ihm aus den Fingerspitzen getreten, sich selbst!“ Und er hob die Hände des Sohnes gegen das Licht.

„Das sind auch noch Handgelenke, Tris! Mich alten Mann kommt er nehmen und mit mir gehen, als wär' ich ein kleines Kind.“ — Ole lachte kläglich. „Aber ich trag ihn auch, den ganzen Weg von dem südlichen Riff trug ich ihn auf meinem Rücken. Ich bin eine so schwere Bürde für dich, Vater! Komm! Ich ihn lassen hören, denn er war ein guter Sohn. Aber ich hab' ihn getragen — und nun kann ich nicht mehr — wenn sie das nu bloß eben“, er betrachtete wieder die blutunterlaufenen Finger — „er hat ja sein Bestes getan. Wenn ihn bloß der liebe Gott selbst abmütern wollt!“

„Ja“, sagte Tris, der liebe Gott wird ihn selbst abmütern — und er sieht ja alles, Ole!“

Es kamen einige Fischer in die Stube. Sie nahmen die Mühe ab, gingen einer nach dem anderen hin und gaben Ole die Hand. Dann strichen sie sich, Mann für Mann, über das Gesicht und wandten sich fragend dem Ruder zu — Tris nickte. Sie nahmen die Leiche zwischen sich und gingen mit schweren, vorsichtigen Schritten über die Diele und auf das Dorf zu.

Die trimpelte hinter ihnen drein, zusammengesunken und leise jammern.

XVIII.

Es war im ersten Schuljahr in der Religionsstunde. Pelle wurde von Tris gefragt, ob er die drei größten Feiertage des Jahres nennen könne, und antwortete zu aller Erstaunen: „Der Johannisabend, das Erntedankfest — und —“; da war noch ein drittes Fest, aber als er soweit kam, schämte er sich, es zu nennen — sein Geburtstag! Gewissermaßen war es der größte Feiertag des Jahres, obwohl ihn niemand als Vater Lasse kannte. Und dann die, die den Kalender schrieben — die mußten ja ganz einfach von allem Bescheid.

Er fiel auf den 26. Juni und hieß Pelagius im Kalender, am Morgen küßte ihn der Vater und sagte: „Glück und Segen, mein Junge!“ — und dann lag da immer ein kleiner Gegenstand in der Tasche, wenn er die Sohlen ansahen wollte. Der Vater war ebenso gespannt wie er selbst und stand bei ihm, während er sich ansah um seinen Anteil an der Ueberraschung zu haben. Aber es war Pelles Manier, die Sache in die Länge zu ziehen, wenn ihm etwas Angenehmes bevorstand — um so größer wurde die Freude. Er ging absichtlich um die spannende Tasche herum, während Vater Lasse dastand und trimpelte und sich nicht halten konnte: „Na, du, was ist das bloß mit der Tasche da? Sie kommt mir ja did vor! Du bist doch wohl nicht über Nacht aufgewesen und hast Hüner-eier gekostet?“ Dann mußte Pelle den Gegenstand herausholen — ein großes Bündel Papier — und um Auspacken, eine Schicht nach der anderen. Und Lasse war wie aus den Wolken gefallen. „Ach was, das ist ja nichts weiter als Papier! Sieh mit so'n Nuz die Taschen vollzumtrotzen!“ Aber im innersten Innern lag ein Taschenmesser mit zwei Klinaen.

„Danke“, flüsterte Pelle mit Tränen in den Augen. „Ach was, das ist man 'ne ärmliche Gabel!“ sagte Lasse und zwinkerte mit seinen roten, wimperlosen Augenlidern.

(Fortsetzung folgt.)

Darwin oder die Bibel

Der Affenprober des Danton

Der alten Welt ist die neue nur ganz unvollkommen bekannt. Es ist ja wohl richtig, daß seit Kriegsende die Zahl amerikanischer Reisender kolossal angewachsen ist; jedes Land in Europa ist voll von hornbrillenträgenden, selbstkritischen Amerikanern beiderlei Geschlechts, die das Geld sehr losz lassen haben und mit Geringfügigkeit alle Europäer herabzählen. Aber dadurch erwirbt sich Europa nicht die Kenntnis Amerikas. Man kann unmöglich ein Land nach der Beschaffenheit seiner Reisenden beurteilen, zumal Amerika nicht, dessen Bevölkerung die am meisten gemischte Welt ist und dessen eigentlicher Volkstyp so schwer bestimmbar ist. Nur gelegentlich ergiebt sich etwas, das beständig in den wahren Charakter dieses großen Landes beleuchtet und so der übrigen Welt einen Schimmer seines wahren Wesens vermittelt. Solch ein seltenes Ereignis, wieder sich jetzt in den Vereinigten Staaten ab, und nie hatte Europa seit Kriegsende eine solche günstige Gelegenheit, Amerikas Gesicht zu betrachten, wie gerade jetzt.

Dieses besondere Ereignis ist der sehr seltene, ganz ungewöhnliche Prozeß, der zurzeit in dem kleinen Städtchen Danton, im Staate Tennessee, verhandelt wird. Dieser Prozeß gleicht in nichts dem leider so häufigen Prozeß des 20. Jahrhunderts, vielmehr der bemerkenswerten Prozeß des 19. Jahrhunderts, und er ist sicher charakteristisch für Amerika.

In keinem noch so frühmilitärischen und vorläufigen Städtchen Europas wäre ein solcher Prozeß heute möglich, denn der Dantoner Prozeß stellt nicht weniger dar, als einen Kezerprozeß, einen Prozeß der Wissenschaft gegen die Religion, der Entwicklungslehre gegen die Bibel.

Der Kezer von Danton ist ein Amerikaner namens J. T. Scopes, ein Lehrer der Biologie an der höheren Schule von Danton. Seine Kezerei besteht darin, daß er in einer Knabenklasse seiner Schule die Lehre Darwins von der Abstammung des Menschen und seine Entwicklungstheorie doziert hat. Im Staate Tennessee ist das verboten, denn dieser Staat hat einen Paragraphen, der da verbiethet:

„Das Lehren irgendeiner Theorie, die die Schöpfungsgeschichte des Menschen leugnet, wie sie in der Bibel dargestellt ist, und die statt dessen behauptet, daß der Mensch von einer niedrigeren Art abstammt.“

Mr. Scopes kannte natürlich dieses Verbot und übertrat es mit Wissen und Willen, um den Versuch zu machen, wie es ihm dabei erginze. Der Staat Tennessee hat daher den Prozeß gegen ihn angesetzt, und am 10. Juli im Jahre des Herrn Eintausendneunhundertfünfundsiebzig wurde ein großer, vorwiegend aus amerikanischen Juristen bestehender Gerichtshof über die Darwin'sche Entwicklungslehre zu Rate sitzen und entscheiden, ob der Mensch von Gott nach seinem Ebenbilde erschaffen wurde oder nicht. Was aber noch wichtiger ist: Diese Leute werden auch darüber entscheiden, ob Leute vom Schlage eines Mr. Scopes, die sich erlauben, andere Ansichten über die Schöpfung zu haben als die Genesis, in den Schulen des Staates Tennessee unterrichten dürfen.

Einem Europäer muß die ganze Geschichte wie ein Kapitales Scherz vorkommen. So wie hier einige geneigt sind, von einem allgemeinen Rückgang Dantons zu sprechen, das es nötig hat, für sich ein wenig Klänge zu machen; aber wir können versichern, daß an der ganzen Geschichte eigentlich herzlich wenig Dämonisches ist. Es ist wohl richtig, daß die Stadt Danton sowohl, als auch der Staat Tennessee nun versuchen, aus dem allgemeinen Interesse, das der Prozeß erregt, Nutzen zu ziehen. Danton hat eine Bevölkerung von nur 2000 Menschen und jetzt schon treffen an die 20 000 Menschen aus allen Teilen Amerikas Vorbereitungen, am bei den Verhandlungen auszuweichen. Außerdem des Gerichtssaales ist eine große Tribüne mit 10 000 Sitzen errichtet worden, aber trotz dieser Tatsachen darf man doch nicht denken, daß es sich hier um eines der bekanntesten amerikanischen Klammenspieler handelt. Der Staat Tennessee und viele andere Staaten nehmen diesen Prozeß durchaus ernst; denn es muß daran erinnert werden, daß das Gesetz keineswegs zufällig erlassen wurde, das die Verbreitung der Entwicklungslehre im Unterricht verbietet. Das Gesetz ist vielmehr das Ergebnis einer großen Bewegung in den Vereinigten Staaten, die von der Christlichen Weltunion geleitet wird, einer Organisation von amerikanischen Kirchenführern, die hier sehr aktiv ist. Das Ziel der Bewegung ist die „Religion vor Wissenschaft und Angriffen der Wissenschaft zu schützen“. Sie richtet sich nicht etwa bloß gegen die Darwin'sche Entwicklungslehre, sondern gegen die Wissenschaft

überhaupt, und gegen jede Lehre, die dem biblischen Schöpfungsbuch widerspricht. Was noch wichtiger ist: Diese Bewegung sucht die Verbreitung solcher Ansichten zu verhindern und strebt aus diesem Grunde nach der Kontrolle über die Schulen. Die Bewegung nimmt auch an Intensität zu. Das Tennessee-Gesetz, das vor einigen Jahren erlassen wurde, war einer ihrer ersten Erfolge. Augenblicklich wird für die Einführung desselben Gesetzes in den Staaten Oregon, Kalifornien, Minnetot und in einigen anderen Staaten des Südens und Westens von Amerika gearbeitet. Der bevorstehende Prozeß ist daher eine Kraftprobe für die ganze Bewegung und wird darum auch von den Gegnern und Anhängern der Bewegung sehr ernst genommen. Wird Mr. Scopes schuldig gesprochen, so wird das die ganze Bewegung sehr stärken.

Es besteht übrigens eine auffallende Ähnlichkeit zwischen dieser Bewegung und der Antialkoholbewegung, die ja bekanntlich mit dem vollständigen Verbot von Likören in Amerika endete. Genau wie die Antialkoholbewegung wird auch diese Bewegung von denselben Leuten und denselben kirchlichen Organisationen geleitet, dieselben Agitations- und Kampfmethoden werden momentan gebraucht, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Hintermänner dieser neuen Bewegung dieselben, wenn nicht noch weitergehende Ziele verfolgen wie die Antialkoholbewegung. Der Führer dieser Bewegung ist Mr. William Jennings Bryan, der frühere Staatssekretär im Kabinett Wilson, der mehrfach für die Demokratische Partei kandidierte. Mr. Bryan hatte den Hauptanteil an der Wilson'schen Präsidentenwahl, und er wird heute als einer der Führer seiner Partei und ein Meister des religiösen Lebens in Amerika betrachtet. Sauschließlich seiner Agitation ist es zuzuschreiben, daß Amerika das Alkoholverbot angenommen hat, und er hat sich mit gleicher Begeisterung und demselben religiösen Eifer in diesen neuen Feldzug gestürzt. Er wird auch den Staat Tennessee bei dieser Verhandlung vertreten.

Man darf jedoch nicht annehmen, daß Mr. Bryan und die Christliche Weltunion ausschließlich dem biblischen Schöpfungsbuch über den Menschen zum Siege verhelfen wollen. Die Bewegung will eben mehr als bloß die Verteidigung eines heiligen Bibelglaubens. Was Mr. Bryan und die Christliche Weltunion antreiben, das ist nichts anderes als die Kontrolle der nordamerikanischen Schulen. Sie kämpfen nicht dafür, zu beweisen, daß Darwin unrecht hätte, sondern dafür, daß sie die amerikanische Jugend erziehen sollten.

Das also steht hinter dem Danton-Prozeß der ganzen „Religionserhaltungsbewegung“, das ist auch der Grund dafür, warum man die Sache nicht auf die letzte Instanz nimmt. Das Ergebnis des Danton-Prozesses vorauszufragen ist schwer, aber überhaupt die Tatsache, daß am heutigen Tage ein solcher Prozeß in Amerika stattfinden kann, ist beachtenswert und stellt das Land in ein Licht, wie seit langem nicht mehr.

Der Prozeß ist bereits im Gange. Ungezählte Menschenmassen strömen täglich zum Prozeßplatz. Telegrammen und Radio-Einrichtungen vermitteln die Verhandlungen an die gesamte Presse. Eröffnet wurden die Verhandlungen vom Richter Kaufman, mit einem Gebet (!). Damit hat der fromme Mann das Urteil schon vorweg genommen! Die Verteidigung hat 50 Wissenschaftler als Zeugen benannt, weswegen man mit einer Prozedur von einem Monat rechnet.

Theater und Musik

Städtisches Konzerthaus

Gräfin Mariza

Im Konzerthaus war großer Zaar. Die Gräfin Mariza ist wirklich ein Schläger, besonders, wenn sie in der glänzenden Aufmachung vorgestellt wird, wie dies durch die Wiener Operngesellschaft geschah. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn behauptet wird, daß hier noch keine Operette in dieser einheitlichen, nach allen Seiten hin wohlbedachten und wohl vorbereiteten Einförmigkeit über die Bretter ging. Alles, was am Werke war, hat Vorzügliches geleistet. Man ist ja einer Dame gegenüber, die von der ganzen Welt in den Himmel gehoben wird, etwas vorzüglich, es stellt sich zum Schluß gewöhnlich heraus, daß sie doch nur Halb-Welt ist, aber die Gräfin Mariza macht eine Ausnahme. Gewiß: sie ist nicht ganz „dernier cri“, auch noch nicht ganz Bu bi der letzten vierundzwanzig Stunden, sie gehört noch zu der vorletzten Mode. Dieses Urteil entwertet sie keineswegs. Sie besitzt immer noch soviel schöne Tugenden, daß man sich bei ihr und mit ihr ganz köstlich amüsiert. Emmerich Kalmann ihr musikalischer Vater, hat ihr einige Tropfen italienisch-amerikanisches Blut mitgegeben, von jenem Blut oben, wie sie hinten draußen an der Marika alle in den Werten haben. Deshalb wird diese Gräfin Mariza immer etwas schwermütig bleiben, selbst die feinsten Toiletten, und diese Traub'schen Atelier-Toiletten waren Kunststücke, werden den Unterton des Mariza-Charakters nicht verhallen oder entbillen können.

Der Mariza-Apparat ist bekanntlich für „Revue“ eingerichtet und mit allen erforderlichen wohlgeübten künstlerischen Mitteln hat der inszenierende Direktor Brantner diese neue Errungenschaft der Großstadt-Operetten-Bühne betont. Sein Bühnenstab hat vorzüglich funktioniert und seine Künstler zogen durchweg beste Register. Man muß sich wundern, weshalb große gediegene Arbeit, in der kurzen Spanne Zeit von diesem „Wälchen“ hier schon geleistet wurde und zieht unwillkürlich verärgelnde Schlüsse auf die Schwester, die sich große Oper nennt, die sich hier immer so träge dahinschleppt. Das Ensemble hat sich glänzend eingespield. Tage van Heer war eine Lebensfreudige, burleske, temperamentvolle Mariza, die auch die leidenschaftliche Linie, die ihrer adligen Schwester, der Usardas-Fürstin, so außerordentlich gut steht, besonders stark betont. Es war für Tage van Heer ein großer Abend, in den sich mit Zug und Recht auch Herr Wable teilen durfte. In der Mariza sind Bombentrollen. Willi Wable hat aber den Pseudo-Verwalter Schmiffa-rassa hineingestellt, mit blühendem Ton hat er die Rollen eralühen lassen. Die Damen im Parterre waren der gleichen Uebereizung wie der Fürst Popolescu, daß diesem Pseudo-Verwalter der Grad besonders zu stehe. Ueber den Dorn Czapschen Fürsten Moris Popolescu hat man sich doch ein wenig aufregen können, trotzdem er immer mahnt: „Moris, reg dich nicht auf.“ Das Kalmann dafür sorgte, daß die Familie Japan aus dem Zigeunerbaron nicht ausgelassen ist, wird ihm mit Dank vermerkt wackendes Blut und ist auch sonst mit Erik Wale nta geteilt worden. Seine Partnerin allen Butaten der Parteilichkeit vereist. Stadler's Beniel war ein Kabinettstückchen aller ersten Ranges, er zeigte Grotzmann'sche Manieren, das will etwas bedeuten. Die übrigen Mitwirkenden bis herunter zu der Dorfjüngling mögen sich mit einem Pauchkallos begnügen. Im Orchester wurde glänzend unter Herrn Seidls Stabführung musiziert. Das Harf besuchte Hans war in denkbar bester Stimmung, es war überaus beifallsstrebend.

St.

Deutscher Reichstag

Auch das Gesetz über die Anleihe-Aufwertung angenommen — Ausbau der Angestellten-Versicherung — Die Regierungsparteien stimmen auch hier die sozialdemokratischen Verbesserungsanträge nieder

Berlin, 16. Juli. Die Donnerstagssitzung des Reichstags schloß den Schlußriß unter das Aufwertungs-gesetz. Das Gesetz über die Ablösung öffentlicher Anleihen wurde gegen die Stimmen der Völkischen, der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Der völkische Abgeordnete Henning machte darauf aufmerksam, daß nach dem Wortlaut dieses Gesetz nicht eher in Kraft treten könne, als das gestern verabschiedete Hypothekenaufwertungs-gesetz. Wenn also der Reichspräsident die Ausfertigung des Hypothekenaufwertungs-gesetzes nicht verkündet werden können. Die Sozialdemokraten tiefen Herrn Henning spöttisch zu: „Er hat ja bereits unterzeichnet“, jedoch kein Zweifel bestand, daß der Reichspräsident die Erwartungen der Später gründlich enttäuschen wird.

Dann trat das Haus in die zweite und dritte Lesung des Gesetzentwurfes über den Ausbau der Angestelltenversicherung ein. Der sozialdemokratische Abg. Aufhäuser übte an dem Gesetzentwurf lebhaften Kritik. Er verwies darauf, daß die unteren Schichten der Angestellten durch die Beiträge übermäßig belastet würden. Ein genügender Grund für die Beitragserhöhungen liege nicht vor, wenn man entsprechend dem sozialdemokratischen Antrag die höher bezahlten Angestellten in das Gesetz einbeziehe, so werde man höhere Einkünfte erlangen können, ohne die Beiträge für die unteren Klassen erhöhen zu müssen.

Mit drohender Stimme sprach der deutschnationalen Handlungsgehilfen-Hauptling Thiel gegen die sozialdemokratischen Anträge. Es hörte ihm auch aus seiner eigenen Partei noch nicht ein halbes Dutzend Abgeordneter zu. Die übrigen Parteien machten sich über seine laute Deklamation lustig. Sein Kollege von der Deutschen Volkspartei, Dr. Molenhauer, ein mit der demischen Industrie geschäftlich verknüpfter Herr, verfuhr das Gesetz durch eine Vergünstigung der Erbstoffen auszuhöhlen. Der Reichsarbeitsminister leitete ihm leider nur geringen Widerstand. Mit Hilfe eines Teiles des Zentrums und der Demokraten gelang es, diesen Antrag des Herrn Molenhauer abzulehnen.

Das Gesetz wurde in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Die Sozialdemokratie stimmte dafür, weil es immerhin eine Rentenerhöhung mit sich bringt.

Es folgte die zweite und dritte Lesung einer Novelle zur Personalabbauregung. Der im Ausschuss beratene Regierungsentwurf ist nur eine höchst unvollkommene Erfüllung der Versprechungen, die die Reichsparteien den Beamten gemacht haben. Während die Reichsparteien jahrelang die völlige Einstellung des Abbaus forderten, sind sie nun davon weit abgekommen und verlangen nur eine teilweise Einstellung der Abbaumaßnahmen. Die Sozialdemokratie, für die der Abg. Steinhilber sprach, gab der Meinung Ausdruck, daß der gesamte Personalabbau eingestellt werden müsse. Dagegen erklärte sich die Sozialdemokratie gegen die Aufhebung der Pensionskürzung, eine Maßnahme, die bei den höheren Beamten neben einer höheren Pension auch noch höheres Privat Einkommen habe. Nach der Rede Steinhilbers vertagte sich das Haus.

Sitzungsbericht

Berlin, 16. Juli.

Das Haus erledigt zunächst die rüstständigen Abstimmungen zur zweiten Lesung des Entwurfes zur Errichtung der deutschen Rentenbankkreditanstalt. Unter Ablehnung kommunistischer und sozialdemokratischer Änderungsanträge wird die Vorlage in zweiter und dritter Lesung angenommen, gegen Sozialdemokraten und Kommunisten.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfes über die Ablösung öffentlicher Anleihen.

In der allgemeinen Aussprache wird von keiner Seite des Hauses das Wort geäußert. Für die Einzelberatung haben die Kommunisten und der Abg. Dr. West (Völk.) Änderungsanträge eingebracht, die ihren Anträgen aus der zweiten Lesung entsprechen. All diese Anträge werden vornehmlich gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Vor der Schlußabstimmung, die namentlich vorgenommen werden soll, erklärt der Abg. West (Soz.), daß seine Fraktion auch dem Anleihe-Aufwertungs-gesetz ihre Zustimmung versagen müsse, und zwar aus denselben Gründen, aus denen sie das Hypothekenaufwertungs-gesetz abgelehnt habe. Auch die Abgeordneten Mithofen (Dem.), Seiffert (Völk.) und Dr. Korfach (Komm.) lehnen für ihre Fraktionen das Anleihe-gesetz als ungenügend in jeder Beziehung ab. Die Schlußabstimmung wird mit Rücksichtnahme auf den kommunistischen Parteitag auf 6 Uhr nachmittags ausgesetzt.

Annahme findet mit den Stimmen der Kompromissparteien ein Antrag Dr. Wunderlich (Völk.) durch den bestimmt wird, daß das Anleiheabwertungs-gesetz zugleich mit dem Hypothekenaufwertungs-gesetz verkündet werden soll. Präsident Lobe nannte in diesem Zusammenhang den 18. Juli.

Das Haus tritt in die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über den Ausbau der Angestelltenversicherung ein.

Die Vorlage sieht eine Steigerung der Leistungen für die Angestelltenversicherung vom 1. 7. 1925 ab und eine Beitragserhöhung vom 1. 9. 1925 ab vor.

Abg. Aufhäuser (Soz.) wendet sich gegen die Höhe der neuen Beiträge, die für die Angestellten untragbar seien. Zu vermerken sei der soziale Druck, dem die schlechtbezahlten Angestellten ausgesetzt werden. Es sei erforderlich, die Beitragsgrenzen von 6000 M. der Vorlage mindestens auf 8400 M. zu erhöhen. Ein entsprechender sozialdemokratischer Antrag sei in erster Lesung im Ausschuss auch von einer kleinen Mehrheit angenommen worden. In zweiter Lesung hätten sich aber sogar Vertreter der Angestellten auf der Rechten des Hauses bereit gefunden, diese notwendigen Verbesserungen wieder zu beseitigen (Hört, hört!).

Der Redner setzt sich dann für ein obligatorisches Beitragsverfahren der Angestelltenversicherung ein. Schließlich wendet er sich gegen die jetzige Verfassung der Angestelltenversicherung und besonders gegen das Wahlrecht, das er unter dem Beifall seiner Freunde mit dem früheren Dreiklassenwahlrecht vergleicht. Im Sinne seiner Rede begründet der Redner Änderungsanträge. Das Unternehmertum, das sich in den bürgerlichen Parteien konzentrierte, sehe wie eine Mutter, wenn es sich darum handele, sich gegen die Angestellten zu wenden. Trotz der Dürftigkeit der Vorlage würden die Sozialdemokraten ihr zustimmen, weil die Rentner selbst auf die weniigen Rentenverbesserungen nicht verzichten können. (Beifall links.)

Abg. Schneider (Dem.) bestätigt, daß die Renten auch jetzt noch als sehr dürftig zu bezeichnen seien, betont aber, daß eine höhere Rentenzahlung auch höhere Beiträge voraussetze. Die Angestelltenversicherung müsse man frei von Agitationswünschen betrachten. Eine weitere Erhöhung der Beiträge sei vollkommen unmöglich. Der Redner unterstützt dann eine Deraufsetzung der Beitragsgrenze auf 7300 M. und wünscht, daß die Angestellten im Selbstverfahren zu einem Rechtsanspruch kommen müssen. Im gesamten könne man sagen, daß die gegenwärtige Vorlage nur einen Schritt auf dem Wege zur endgültigen Lösung der sozialen Angelegenheiten sei.

Abg. Thiel (Völk.) gibt namens der Kompromissparteien, der Deutschnationalen, des Zentrums, der bayerischen Volkspartei, der wirtschaftlichen Vereinigung und der Deutschen Volkspartei eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

Die genannten Parteien sind der Auffassung, daß die soziale Politik nicht mit ungeschälten Regeln, sondern nur mit nüchternen Tatsachen-Arbeiten gefördert werden können. Der Redner weist die Angriffe des sozialdemokratischen Abgeordneten Aufhäuser zurück. Die Sozialdemokraten nehmen nur aus agitatorischen Gründen diese Stellung ein. Sie wollen die Angestellten mit den Arbeitern zu einer Majorität zusammenschließen, um mit dieser Majorität ihre sozialpolitischen Wünsche zum Ziele führen zu können. Die Kompromissparteien hielten an der parlamentarischen Beitragsleistung fest, weil dies die Voraussetzung für eine partiellistische Verwaltung der Versicherung sei. Die Vorlage bringe eine Aufwertung der Beitragsleistung, die an die Vorleistung heranreicht. Gegenüber dem Komvort, daß die Angestelltenversicherung Vermögen anhäufe, müsse betont werden, daß die Zahl der Ruheständler sich in wenigen Jahren verdoppelt haben werde. Eine solche Politik auf lange Sicht habe erheblich mehr im Interesse der Angestellten und des Vaterlandes, als die agitatorischen Wraufen der Sozialdemokratie. (Beifall rechts.)

Abg. Stöhr (Völk.) tritt ebenfalls für die Vorlage ein, schießt sich aber der Auffassung der Linken an, daß die Beitragsgrenze heraufgesetzt werden müsse und das Beitragsverfahren obligatorisch eingeführt werden müsse.

Abg. Tetzler (K.) bezweifelt, daß die gegenwärtige Vorlage den Angestellten einen Fortschritt bringe. Alle Wünsche der Angestellten seien von den Kompromissparteien abgelehnt worden. Die Vorlage bedeute im besten Falle einen Stillstand, darüber hinaus sogar einen Rückschritt. Der Redner setzte sich dann für eine Erhöhung des Beitragsgrundbetrages von 300 auf 900 Mark ein, sowie für eine Erhöhung des Ruheständlerbeitrages. Außerdem wüßte seine Partei, daß die Arbeitgeber die Mittel für die Versicherung allein aufbringen, im Falle der Ablehnung bringen sie einen Eventualantrag ein, durch den erreicht werden soll, daß die Arbeitgeber 2/3 für Beiträge bezahlen.

Damit schließt die allgemeine Debatte. Einige Abstimmungen werden auf 6 Uhr nachmittags zurückgestellt. In der Einzelberatung werden alle kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge durch die Kompromissparteien abgelehnt. Es bleibt also bei der Fassung, die von den Kompromissparteien beschlossen wurde. Bei dem Abschnitt: Änderung der Reichsversicherungsordnung setzt sich der sozialdemokratische Abgeordnete Karsten dafür ein, daß die Beitragserhöhungen für die Invalidenversicherung nur für die Rentenerhöhungen, nicht aber für die Annullierung von Beitragsvermögen verwendet werden.

Abg. Lamberts (D.N.) bedauert, daß die Parteien nicht genügend Zeit gehabt hätten, zu diesem Teil der Vorlage Stellung zu nehmen, der sich mit der Invalidenversicherung befaßt. Dieser Teil der Novelle ist auf einen sozialdemokratischen Antrag noch in letzter Stunde in die Novelle hineingekommen. Seine Fraktion werde zu diesem Teil der Novelle nur abstimmen.

Abg. Woldenhauer (D.V.) betont, daß die Invalidenversicherungsnovelle eine Mehrausgabe von 100 Millionen Mark für die Wirtschaft bedeute. (Hört, hört rechts.) Die Deutsche Volkspartei könne einer solchen Mehrausgabe nicht zustimmen, da schon die Angestelltenversicherungsnovelle eine Mehrausgabe von 40 Millionen Mark bringe.

Abg. Eber (Z.) erklärt, daß der Ausschuss die dringliche Frage der Invalidenversicherung noch vor den Ferien haben lösen wolle. Er habe den sehr weitgehenden sozialdemokratischen Antrag auf ein die Wirtschaft erträgliches Maß reduziert, habe aber dann der Rentenerhöhung in ihrer übertriebenen Breite zugestimmt, weil da ein dringender Notfall zu finden war. Deshalb bittet er auch diesen Teil der Novelle anzunehmen.

Abg. Frau Wendke (K.) kritisiert die Haltung der Sozialdemokraten in der Frage der Erhöhung der Invalidenversicherung. Sie hätten ihre agitatorischen Anträge für die Invalidenversicherung im Ausschuss fallen gelassen und sich zu Schülern der Regierung aufgeschwungen.

Abg. Ziesler (D.): Die erhöhten Renten reichen nicht im weitesten aus, aber leider könne man jetzt nicht mehr leisten. Vor allen Dingen nicht die Wirtschaft und gegenüber diesem Zustand der Wirtschaft sei alles Reden vergeblich.

Abg. Geier-Dresden (Völk. Ba.) setzt sich für die Vorlage ein, hebt aber hervor, daß sie ein großes Opfer namentlich vom gewerblichen Mittelstand fordere. Man müsse aber zu einem Abbruch kommen.

Damit schließt die Aussprache über diesen Teil der Novelle. Er wird in der Einzelabstimmung unter Ablehnung der sozialdemokratischen und kommunistischen Änderungsanträge in der Ausschussfassung bewilligt. Annahme fand ein interfraktioneller Antrag, der den Grundbeitrag der Invalidenrente von 120 auf 168 M. erhöht. Ein sozialdemokratischer Antrag, der die Beitragsgrenze in der Angestelltenversicherung von 6000 M. der Vorlage auf 8400 M. erhöhen wolle, wird in namentlicher Abstimmung mit 231 gegen 192 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. In einer weiteren namentlichen Ab-

stimmung wird ein anderer sozialdemokratischer Antrag mit 240 gegen 179 Stimmen abgelehnt, der das Selbstverfahren für die Angestelltenversicherung zum Wahlverfahren machen will, wenn ein Vertrauensrat der Versicherungsanstalt das Selbstverfahren als notwendig bezeichnet. Die Gesamtvorlage wird dann auch in dritter Beratung angenommen. Das Gesetz wurde auch in der Schlußabstimmung angenommen.

Das Haus wendet sich dann der Schlußabstimmung über das Anleiheabwertungs-gesetz zu.

Abg. Henning (Völk.) wünscht eine Meinungsäußerung des Reichstags darüber, ob sein angenommener Antrag auf Aussetzung der Verkündung des Hypothekengesetzes auch ohne weiteres auf das Anleihe-gesetz Anwendung finden müsse, da im Anleihe-gesetz bestimmt sei, daß es zugleich mit dem Hypothekenaufwertungs-gesetz in Kraft trete.

Präsident Lobe stellt fest, daß das die Abstimmung des Hauses sei. Die Schlußabstimmung über den Gesetzentwurf zur Ablösung öffentlicher Anleihen wird auf sozialdemokratischen Antrag namentlich vorgenommen. Sie ergribt die Annahme des Entwurfes in der Fassung der Kompromissparteien mit 227 Stimmen der Kompromissparteien gegen 196 Stimmen der Opposition bei zwei Stimmenhaltungen. Dann tritt das Haus in die

zweite Beratung des Gesetzentwurfes über eine zweite Abänderung der Personalabbauregung ein.

Reichsfinanzminister von Schlieffen gibt seiner freudigen Zustimmung zu dieser Vorlage Ausdruck. Nachdem schon vom 1. Januar d. J. ab der Abbau nur noch in bestimmten Bevölkerungen und mit spezieller Bewilligung erfolgen dürfe, bringe die gegenwärtige Vorlage die gänzliche Aufhebung der Abbaubestimmungen, die Einschränkung der Anstellungssperre usw. Der Minister begrüßt im Interesse der Beamtenhaft die Verbesserungen, die die Vorlage in einsehenden Ausschüssen erlitten haben.

Namens der Kompromissparteien gibt Abg. Schmidt-Stettin (D.N.) eine Erklärung ab, in der er im Interesse der Beamtenhaft darum bittet, daß die Vorlage noch heute abend vom Hause angenommen wird.

Abg. Steinfuß (Soz.) wendet sich gegen die Behauptung des Finanzministers, daß durch die jetzige Vorlage der Abbau beendet werde. Wie könne man sagen, daß der Abbau durch diese Vorlage beendet wird, wenn der Teil der Personalabbauregung aufrecht erhalten wird, der in die mehreren Rechte der Beamten einreißt, indem er die Kündigung der verbeirateten Beamtinnen weiter zuläßt.

Der Redner wendet sich weiter gegen die Darstellung des Ministers, als hätte im Ausschuss eine einseitige Beratung der Vorlage stattgefunden. Da sei es so gewesen, wie gegenwärtig noch in anderen Ausschüssen. Man habe die Opposition reden lassen und hinter ihrem Rücken den Kompromiß herbeigeführt. Gegen eine derartige Behandlung der Opposition müsse er namens seiner Partei protestieren. Die Sozialdemokraten müßten verlangen, daß mit den eigentlichen Abbaumaßnahmen unbedingt Schluss gemacht wird. Sie wünschten besonders, daß die Artikel 109 und 128 der Reichsverfassung endlich einmal die Achtung des Reichstages finden, in denen den Frauen die Gleichberechtigung ausgesprochen und die Ausnahmestimmungen gegen die weiblichen Beamten abgelehnt wurden. Dabei wandle sich der Redner besonders gegen eine Regierungserklärung, in der die Arbeitsfähigkeit verbeirateter Beamtinnen herabgesetzt wird und die ihren Vorgesetzten im Reichspostministerium begunnen hat. (Beifall links.)

Hierauf verläßt sich das Haus auf Freitag nachmittags 1 Uhr. Weiterberatung kleinerer Vorlagen.

Zustimmung des Reichsrates

Berlin, 17. Juli. In seiner gestrigen Plenarsitzung beschloß der Reichsrat mit 43 gegen 23 Stimmen gemäß dem Ausschussantrage, den Gesetzentwurf über die Ablösung öffentlicher Anleihen in der Fassung des Reichstages zur Kenntnis zu nehmen, ohne Einspruch zu erheben. Gegen das Gesetz stimmten die Stadt Berlin (1 Stimme), die Grenzmark Westpreußen-Posen (1), Danzig (10), Schlesien (7) und Württemberg (4). Darauf nach dem Reichsrat entlassend den Anträgen seiner Ausschüsse den vom Reichstag angenommenen Gesetzentwurf über die Errichtung der Rentenbank-Kreditanstalt zur Kenntnis, ohne Einspruch zu erheben.

Der Entwurf des Einkommensteuergesetzes. Unter den Beratungen, die im Einkommensteuergesetz in der zweiten Lesung vorgenommen wurden, verdient besonders die Erweiterung des Begriffs der Werbungskosten der abzugsfähigen Beiträge Erwähnung. So wurde ein Antrag angenommen, der als Werbungskosten fenzugehört „Aufwand des Arbeitnehmers für Arbeitsmittel (Werkzeuge und Berufsausrüstung) sowie Ausgaben für die Fortbildung in dem Beruf, den der Steuerpflichtige ausübt“.

Weiter wurde ein Antrag angenommen, nach dem sich bei Steuerpflichtigen, deren Einkommen den Betrag von 15 000 Reichsmark nicht übersteigt, bei Versicherungsprämien und Sparanlagen, zu denen sich der Steuerpflichtige in den Jahren 1923 bis 1926 verpflichtet hat, der abzugsfähige Betrag von 480 M. auf 900 M. erhöht, wenn der Steuerpflichtige mehr als 50 Jahre alt ist, auf 1200 M., wenn der Steuerpflichtige mehr als 50 aber nicht mehr als 60 Jahre alt ist, und auf 1440 M., wenn der Steuerpflichtige über 60 Jahre alt ist. Die Vorschriften gelten nicht, wenn der Steuerpflichtige einen Anspruch oder eine Anwartschaft auf Ruhegehalt oder andere wiederkehrende Bezüge von mehr als 2000 M. im Jahre hat. Der demokratische Antrag, die Abzüge für Beiträge für Lebens-, Angestellten-, Invaliden- und Krankenversicherungen usw. auf 720 M. zu erhöhen, wurde abgelehnt.

Die Reichstagsfraktion des Zentrums befaßt sich am Mittwoch abend mit der Vorlage, Ihre Beratungen gelten vor allem dem Versuch, die innerhalb der Realisation bestehenden Schwierigkeiten zur Überwindung der Vorlage zu überwinden. Während die Reichsregierung auf Windstille besteht, lehnt die Gruppe Stegerwald und der linke Flügel des Zentrums entsprechend einer „einmütigen“ Forderung der christlichen Gewerkschaften diese Stelle bisher ab. Damit ist die Beratungen der Vorlage in Frage gestellt.

Die Beratungen des Zentrums wurden abends um 8 Uhr unterbrochen. Es ist fraglich, ob in Anbetracht der gegenwärtigen Anspannungen innerhalb der Fraktion überhaupt eine Einigung möglich ist, die von der Regierung als erträglich angenommen werden kann. Armer Luther!

Kleine badische Chronik

Mannheim. Mittwochs nachmittags wurde ein hiesiger Wäckermeister bei der Redaktionsüberführung in Hiesheim von einem bis jetzt noch unbekanntem Kraftwagenführer angefahren und zu Boden geschleudert. Er erlitt erhebliche Verletzungen am Kopf.

Oberbergen. Der 75jährige Landwirt Keller erlitt heute einen tödlichen Unglücksfall. Während er mit seiner Tochter sprach, stürzte er sich an das Treppengeländer angelehnt zu Boden, dieses gab nach, der Mann stürzte in den Hof und schlug mit dem Kopf auf. Der Bedauernswerte starb ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.

Waldshut. Nach einer von ausländischer Stelle erfolgten Mitteilung breitet sich die Tollwut unter den Hunden immer weiter aus. Es wird dabei die bedauerliche Tatsache festgestellt, daß mancherorts das erforderliche Verständnis für die Notwendigkeit einer genauen Einschaltung der von den Behörden getroffenen Sperremaßnahmen immer noch fehlt. Das Bezirksamt Waldshut hat deshalb angeordnet, daß alle zur Bekämpfung der Hundetollwut erlassenen Verordnungen namentlich mit der größten Schärfe gehandhabt werden, daß bei Verstößen auch Freiheitsstrafen verhängt werden. Besonders streng sollen die Maßnahmen in den abgelegeneren Gemeinden und Gehöften durchgeführt werden.

Papierpreissteigerung. Obwohl die deutschen Inlandspreise für Papier erheblich über dem Weltmarktpreis liegen, erfolgt jetzt seitens der Papierfabrikanten eine neue Preissteigerung. Die Preise für halbhaltige und halbfeste Papiere sind um 0,50 und 1 Mark pro 100 Kilo erhöht, die für Feinpapiere sogar bis um 2 Mark. Durch diese Preissteigerungen kosten Zeitungsdruckpapiere 90 Prozent, Anzeigenpapiere 100 Prozent und billiges Radpapier bis zu 200 Prozent mehr als 1914.

Besuch deutscher Kriegsgräber im Osten. Ein Mitglied des Landesverbandes in Baden des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge reist in den nächsten Tagen zum Besuch deutscher Kriegsgräber nach Galizien, Rumänien und Süditalien, in die Gegenden von Wroclaw, Demberg, Siry, Stanislaw, Bukowina, Belgard, Semendria und Siebenbürgen. Er ist bereit, Einzelwünsche über dortige Grabstätten von Hinterbliebenen — soweit er hierzu in der Lage ist und die Verhältnisse es in den einzelnen Gegenden gestatten — auszuführen. Geometrische Pläne sind an den Landesverband Baden des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Karlsruhe, Geschäftsstelle Rathaus umgehend einzusenden.

Ein Sonderzug nach Köln. Anlässlich der Hauptversammlung des Verbandes deutscher Gewerbevereine und Handwerksvereinigungen am 7.-10. August d. J. veranstaltet der badische Landesverband einen Sonderzug nach Köln, um seinen Mitgliedern eine billige Gelegenheit zu geben, nicht nur den obigen Verbandstag sondern auch die Jahreskundensammlung in Köln zu besuchen. Der Sonderzug ist von Karlsruhe aus geplant, wird aber bei entsprechender Anmeldung aus dem Oberrhein eventuell auch von Offenburg oder Freiburg ab gefahren werden. Von Mainz bis Köln abwärts wird eine Dampflok auf dem Rhein unternommen.

Wannau. Eine Firma Klein in Kopenhagen verendet in letzter Zeit an Einwohnern Badens Anteilsscheine für die „Landwirtsch. Maschinen-Fabrik“. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß diese Aktien in Baden nicht zugelassen sind und daß sich auch derjenige strafbar macht, der in dieser Weise handelt.

Nächste Dampfer-Expeditionen des Norddeutschen Lloyd Bremen — New York: D. „Georg Washington“ ab Bremerhaven 22. Juli, D. „Republik“ ab Bremerhaven 29. Juli, D. „Columbus“ ab Bremerhaven 30. Juli, D. „Amerika“ ab Bremerhaven 5. August, D. „Stuttgart“ ab Bremerhaven 6. August, D. „Sierra Ventana“ ab Bremerhaven 8. August, Bremen — Philadelphia — Baltimore — Norfolk: D. „Sachsen“ ab Bremen 25. Juli, D. „Hannover“ ab Bremen 15. August, Bremen — Cuba: D. „Socorro“ ab Bremen 28. Juli, Bremen — Antwerpen: D. „Porta“ ab Bremen 31. Juli, D. „Erfurt“ ab Bremen 16. August, Bremen — La Plata: D. „Werra“ ab Bremen 19. Juli, ab Hamburg 23. Juli, Passagier-Einschiffung in Bremerhaven 25. Juli, D. „Sierra Morena“ ab Bremen 16. August, ab Hamburg 20. August, Passagier-Einschiffung in Bremerhaven 22. August, Bremen — Ostafrika: D. „Machao“ ab Bremen 25. Juli, D. „Finken“ ab Bremen 30. Juli, D. „Dienburg“ ab Bremen 1. August, D. „Gisela“ ab Bremen 8. August, Bremen — Australien: D. „Göttingen“ ab Bremen 8. August.

Feriensonderzüge zu ermäßigten Preisen

Die Feriensonderzüge bieten alljährlich zu Beginn der Ferien eine rasche und billige Fahrgelegenheit nach den verschiedenen Reisezielen. Es verkehren ab Basel und Konstanz folgende Züge:

- Nach Duisburg am 1. August, mit Bahrfahrten nach Bonn, Coblenz, Köln, Düsseldorf und Duisburg.
- Nach Hamburg und Bremen am 1. und 4. August mit Bahrfahrten nach Hannover, Hamburg und Bremen.
- Nach Berlin am 3. August mit Bahrfahrten nach Eisenach, Erfurt, Weimar, Halle, Leipzig und Berlin.
- Berner ab Mannheim nach Konstanz und von Heidelberg nach Basel am 1. August mit Bahrfahrten ab Mannheim, Heidelberg, Bruchsal, Karlsruhe und Forstheim nach Freiburg oder Triebens, Mühlheim oder Donaueschingen, sowie nach Dausied, Immendingen, Neustadt, Raddelsell, Konstanz und Basel; außerdem von Mannheim über Heidelberg, Bruchsal nach München am 1. August mit Bahrfahrten ab Mannheim, Heidelberg, Bruchsal, Karlsruhe, Forstheim nach Augsburg, München, Regensburg und Garmisch-Partenkirchen oder Kuffstein. Die Bahrfahrten nach Konstanz gelten auf der Rückfahrt auch ab Garmisch-Partenkirchen über Stuttgart. Der Vorverkauf für sämtliche Züge beginnt am 17. Juli. Die Fahrpreise, deren Preis erheblich ermäßigt ist, sind bei den wichtigsten Stationen des Zuges nach den genannten Zielorten unmittelbar erhältlich, alle übrigen Stationen vermitteln den Bezug bereitwillig. Ein großer Vorteil bei Benützung dieser Züge liegt darin, daß die Rückfahrt innerhalb zweier Monate mit beliebigen Zügen erfolgen kann, Schnellzüge gegen Zahlung einer Zuschlagstaxe, auf dem Hinweg sind jedoch die

Reisenden an die Benützung des Sonderzuges gebunden. Für jeden Reisenden wird ein Sitzplatz gesichert, Gesellschaften von sechs Personen in der 2. Klasse und von 8 Personen in der 3. Klasse können auf Wunsch ganze Abteile reserviert erhalten. Auf dem Rückweg ist einmalige Fahrkartenübertragung gestattet. In Bremen und Hamburg sind Anschlussfahrten nach den Nordseebädern zu ermäßigten Preisen erhältlich. Nähere Auskunft ist bei allen Stationen erhältlich, auch kann durch diese eine kleine Drucksache mit den ausführlichen Fahrplänen, Fahrpreisen und genauen Bestimmungen zum Preise von 20 Pfg. bezogen werden.

Gemeindepolitik

Die Gemeinde. Die kommunalpolitische Salonratszeitung für alle sozialistischen Gemeindevertreter und Gemeindefunktionäre. Monatlich 60 Pfg. Heft 13 enthält folgende Aufsätze: Von der Reichshöflichkeit zur Reichsdemokratie, von Dr. Carl Herz, Spandau. Die kommunale Industrieförderung, von Georg Lindemann, Eisenach. Die Förderung des Wohnungsbau durch die Arbeiterregierung in England, von Regierungspräsident Krüger, Rüneburg. Der Sparfahnenvorwand, von W. Schimmel. Amweilert können die Kommunen durch Kreisrätern beauftragt werden?, von Bürgermeister Dr. Scheurmann, Schiltroff, Hannover. Das hauswirtschaftliche Pflichtenjahr und die Ausbildung der Jungmädchen, von Richard Böllert, Leipzig. Schulgesundheitswesen und Privatschulen, von Dr. Alfred Knoch, Berlin. Außerdem enthält das Heft zahlreiche Notizen aus der Reichspräsidentenwahl, Verwaltung und aus der kommunalen Praxis in Ländern und Gemeinden.

Kleine Nachrichten

Neustadt a. S. In der vergangenen Nacht ereignete sich in der Nähe der Bahnhofsstation ein schreckliches Unglück. Als gegen Wagen ein Auto den Bahnhofsübergang passieren wollte, fand es die Schranke noch geschlossen. Ein herbeistellender Wagenschreiber fand beim Öffnen der Schranke den Schrankenwärter Kaufmann mit abgetrenntem Kopf tot auf. **Verstorbener.** In dem benachbarten Orte Naum sollte ein siebenjähriger Sohn eines Hausbesizers mit seinem zweijährigen Bruder Hen von Boden toten. Die Mutter fand den ganzen Naum hinterlos brennend. Beide Kinder sind verbrannt. Das Haus ist bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt. **Krank.** Vandalen des Roman Bankrot von der Bank für Handel und Industrie ist wegen Unterschlagung zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Bankrot hatte die Aktien der Bank um über 61 000 Dollar in einem anderen Falle die Bank selbst um 50 000 Dollar geschädigt.

Der deutsch-polnische Streitfall vor dem internationalen Gerichtshof

Haag, 17. Juli. Im großen Gerichtssaal des Friedenspalastes wurde gestern vormittag die öffentliche Sitzung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes, die sich mit dem polnischen Einwand gegen die Zuständigkeit des Gerichtshofes in der Angelegenheit des deutsch-polnischen Streitfalles betreffend bestimmte deutsche Interessen in Polnisch-Obererschlesien zu befassen hat, von Professor Kuber eröffnet. Der Sitzung wohnte eine zahlreiche Zuschauerschaft bei, darunter sich auch der niederländische Justizminister, sowie verschiedene Professoren und zahlreiche Studenten der Akademie für internationales Recht befanden. Unter den ebenfalls stark vertretenen Angehörigen des diplomatischen Korps befanden sich u. a. die Gesandten Deutschlands, Polens, Frankreichs, Rumäniens, Griechenland und Österreichs, Brasilien, Jugoslawiens, Ungarns und der Tschechoslowakei. Nachdem der Präsident die Sitzung mit einem kurzen Hinweis auf die zu behandelnde Angelegenheit eingeleitet hatte, fand zunächst die feierliche Einführung zweier neuer Mitglieder des Gerichtshofes statt und zwar des Professors an der Universität München, Dr. Huber, und des Rektors der Universität Krakau, Dr. Makowski, die von der deutschen und polnischen Regierung für den vorliegenden Fall als nationale Richter angewiesen worden waren. Nachdem die beiden neuen Richter die von der Sitzung des Gerichtshofes vorgeschriebene Erklärung abgelegt und ihre richterliche Funktionen übernommen hatten, erteilte der Präsident dem Vertreter der polnischen Regierung, dem Vorliegenden des Obersten Rechtsanwalts Rumburg zur Seite steht, zur näheren Begründung des polnischen Streitpunktes das Wort.

Die Plaidoyers des polnischen Vertreters gingen in erster Linie auf die Unzuständigkeit des Internationalen Gerichtshofes in dem vorliegenden Streitfall aus und erhoben in 2. Stelle Einwand. Nach polnischer Ansicht lägen nun diese in dem deutschen Rechtsverständnis vorgebrachten Fälle vollkommen außerhalb dieser Bestimmung. Ferner habe Deutschland auf Grund des Protokolls von Spa am 1. Januar 1918 die Verpflichtung übernommen, daß während des Waffenstillstandes keine Maßnahmen von ihm getroffen werden, um den Wert seines Besitzes zu vermindern. Damit habe sich Deutschland verpflichtet, ländliches Grundeigentum und Interaktionen nicht zu verpfänden oder zu hypothekalisieren. Alle derartigen Handlungen seien auf Grund dieser Bestimmung als nichtig anzusehen. Der Standpunkt der polnischen Regierung sei, daß Deutschland aus der ihm gebührenden und in Polnisch-Obererschlesien gelegenen Stahlfabrik in Chorzowin Widerspruch zu der oben angeführten Bestimmung des Versailler Vertrages eine „Alliengemeinschaft obererschlesischer Stahlfabrik“ gebildet habe, und zwar sei dies geschehen am 28. Dezember 1919, also unmittelbar vor dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages. Sowohl nach dem Datum, als auch nach dem Zweck der ganzen Aktion müsse diese neue „Alliengemeinschaft“ als eine Scheingemeinschaft angesehen werden, sobald die Handlung der deutschen Regierung als nichtig und polnisch als berechtigt anzusehen sei, diese Fabrik zu beschlagnahmen. In der Nachmittagsitzung hielt der Vertreter der polnischen Regierung, Dr. Rumburg, sein Plaidoyer. Vor allem legte er Nachdruck auf die Feststellung, daß beim Abschluß der Genfer Konvention am 15. Mai 1922 der Artikel 23 die Anrufung eines

Internationalen Gerichtshofes in gewissen Fällen für zulässig erklärt, und daß Artikel 4 dieser Konvention den Artikel 23 des Versailler Vertrages ausdrücklich von dieser Anrufung ausgenommen hätte. Der Ständige Internationaler Gerichtshof könne schon deshalb nicht befugt sein im Falle der Stahlfabrik von Chorzow zu entscheiden, da in dieser Angelegenheit ein Prozeß vor dem gemischten deutsch-polnischen Gericht in Paris schwebte. Dieser Fall wurde von dem Redner folgendermaßen zusammengefaßt: Deutschland behauptet, es habe das Stahlfabrikwesen in Chorzow enteignet im Widerspruch zu Artikel 7 der Genfer Konvention. Polen erwidert hierauf: Diese Fabrik ist in Wirklichkeit Eigentum des Deutschen Reiches. Dieses Eigentum habe Polen kraft des Versailler Vertrages erworben.

Hierauf erklärte der Vertreter der deutschen Regierung, Professor Kaufmann, daß er angesichts der großen Bedeutung des Falles, nicht sogleich erschöpfend darauf erwidern könne, und daß er zur Bildung seiner Antwort den Gerichtshof bitten müßte, sich zu vertragen. Hierauf wurde die Sitzung auf Samstag vertagt.

Letzte Nachrichten

Uebertriebene französische Wohnungsforderungen

Landau, 16. Juli. Die Stadtverwaltung Landau hat von der französischen Besatzungsbehörde den Befehl erhalten, außer den kürzlich angeforderten, 45 Wohnungen und 130 möblierte Zimmer zur vorläufigen Unterbringung von französischen Offizieren und Offiziersfamilien bis Freitag dieser Woche bereitzustellen. Die Bereitstellung bereitet der Stadtverwaltung die allergrößten Schwierigkeiten.

Kommunisten-Ausweisung aus Frankreich

Paris, 17. Juli. (Eigener Fundbüro.) Die französische Regierung hat den Sekretär des internationalen (kommunistischen) Verbandes ehemaliger Frontkämpfer, Tiedt, der in Paris und in der Provinz mehrfach in Versammlungen gesprochen hatte, ausgewiesen und über die Grenze nach Deutschland abgeschoben.

Belgischer Metallarbeiterstreik

Brüssel, 17. Juli. (Eigener Fundbüro.) Die Metallarbeiter der Provinz Lüttich und des Borinage schlossen sich am Donnerstag dem Generalstreik der belgischen Metallarbeiter an. Damit sind nunmehr insgesamt 70 000 Metallarbeiter am Streik beteiligt.

Stellungnahme des belgischen Untersuchungsausschusses im Falle Himmelsbach

Darmstadt, 17. Juli. Der Ausschuss zur Untersuchung der Angelegenheit Himmelsbach ist gestern zu seiner Zusammenkunft zusammengetreten und traf einstimmig folgende Feststellungen: Der Ausschuss stellt fest: 1. Ein Verschulden der Staatsbehörden, insbesondere der Landesforstverwaltung, ist nicht nachweisbar; 2. Die Frage, ob die Firma Gebr. Himmelsbach bei Abschluß der Verträge glauben konnte, unter Zwang zu handeln, wird bejaht. Ein Verschulden der Firma Gebr. Himmelsbach bei Ausführung der Verträge, das den belgischen Staat zur Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen berechtigen würde, war für den Ausschuss nicht feststellbar.

Schiffszusammenstoß

London, 16. Juli. Manchesters Guardian berichtet, daß der deutsche Frischdampfer „Jelzig“ im dichten Nebel in der Nähe von Luffanoff an der Küste von Aberdeen mit einem englischen Dampfer zusammenstieß. In einer Viertelstunde sank der deutsche Dampfer. Die Mannschaft des britischen Dampfers rettete den Kapitän und die aus 15 Köpfen bestehende Mannschaft des deutschen Schiffes.

Briefkasten der Redaktion

Recht. In solchen Fällen fallen sowohl die Kosten des Verfahrens wie auch des Strafollzugs den Verurteilten zur Last.

Bereits-Anzeiger

Karlsruhe. Freie Turnererschaft. Vst. Mühlburg. Heute abend punkt 8 Uhr im Lokal „Drei Linden“ wichtige Abschlusssammlung. Zahlreiches und dankliches Erscheinen wird erwartet.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Samstag, 18. Juli: Heiter, sehr warm, Wärmegewitter.

In der heutigen Nummer erscheint ein Inserat der Firma Dr. med. G. Campe G. m. b. H. Magdeburg, worauf wir besonders hinweisen und unsere Leser aufmerksam machen, daß die erwähnte Firma jedem, der Bezug auf unsere Zeitung nimmt, eine Gratisprobe ihres Präparates „Choleraolin“ nebst ausführlicher Broschüre kostenlos und franco übersendet. Uns liegt eine Broschüre vor, und behandelt dieselbe die Entstehung der Gallensteine und Gallensteinerkrankungen, sowie die Verhütung derselben in leicht verständlicher Art und sind viele Erscheinungen nach Durchlesen verständlich, die vorher unerklärlich schienen. 688

Es ist zu empfehlen recht ausgiebigen Gebrauch sofort zu machen, da nur bis zu der angegebenen Menge Versand erfolgt. Die C. D. Knorr A.-G., „der Suppen-Knorr“, die Herstellerin des bekannten Knorr Pastetens, mit dem Generationen von Kindern aufgezogen worden sind, bringt wieder mal eine Neuheit heraus, die ihrem Namen Ehre macht. Es handelt sich um die Knorr Suppenwürst — Fumentochl, Grüntern, Krebs, Ochsenschwanz, Rils, Spargel, Tomaten — die ohne alle Zutaten, nur mit Wasser aufgekocht, eine kräftige, wohl-schmeckende Suppe ergibt, die jede den ihrer Bezeichnung entsprechenden Eigenschaft hat. Wer ein Freund von guter Suppe ist, der mache einmal eine Woche lang den Versuch, jeden Tag eine andere Knorr Suppenwürst zu kochen; er wird der Marke „Knorr“ treu bleiben.



Henkel's Scheuerpulver

Unerreicht in seiner vielseitigen Wirkung, ist dies ausgezeichnete Mittel. Es ist die beste Arbeitshilfe der Hausfrau in Küche und Wirtschaft. Ata putzt und scheuert alles!

Aus der Stadt Durlach

Mus dem Stadtrat.

An Stelle von zwei im Wasserwerk stehenden älteren Gasmotoren soll ein neuer Gasmotor mit Pumpe für den Turmberg aufgestellt werden. Hierdurch wird es möglich, den letzten Strom des Badenwerks teilweise gegen billigere Gaskraft auszutauschen. — Für zwei Handarbeitskräfte müssen 14 Tische beschafft werden; dieselben werden an Karl Frohmüller vergeben. — Die Reparaturarbeiten im Bauprogramm 2 werden dem Durlacher Reinigungsinstitut übertragen. — Von einer Rückverlegung der Polizei in das Rathaus soll vorerst abgesehen werden, da hierwegen größere bauliche Veränderungen erforderlich wären. Dagegen müssen die Türen zur Stadtkasse mit Sicherheitsbeschloß versehen werden. — Der Stadtrat nimmt mit Bedauern von der Entscheidung des Herrn Landeskommissärs Kenntnis, wonach eine Rückverlegung des Kirchweihfestes auf den zweiten Sonntag im August nicht genehmigt werden kann. Als Gründe werden die in früheren Jahren durch die an verschiedenen Sonntagen stattfindenden Kirchweihfeiern aufgetretenen Mängel angeführt. — Mit der Lebensmittelprüfstation der technischen Hochschule in Karlsruhe wird ein Vertrag wegen Untersuchung von Nahrungsmitteln

und Genußmitteln abgeschlossen. — Die Ferien-Kinderwanderungen der Arbeiterwohlfahrt werden auch in diesem Jahre wieder von der Stadt, wie im vorigen Jahre unterstützt. Verschiedene Entwässerungsarbeiten werden genehmigt.

Bereinsanzeiger 40 Pfennig die Zeile. (Werbungskosten sind unter dieser Rubrik in der Regel keine Ausnahme, aber werden zum Bestenmengenpreis berechnet.)

Karlsruhe. Freie Turnerschaft. Samstag abend von 8-10 Uhr Abgabe der Festbücher im Gambrius gegen Besahlung des Fahrgeldes von 7.40 M für den Sonderzug. — Montag abend 8 Uhr Versammlung der Olympiabereitschmer im Lokal. — **Frei. Natl. Bund Solidarität.** Olympiafahrer Samstag, 18. ds. Mts., abends 8 Uhr in der Eiche. Sonntag, 19. ds. Mts., Ausfahrt nach Heilbronn morgens 7 Uhr vom Kriegerdenkmal. Nachzügler und Familien mittags 2 Uhr. Treffpunkt am Rhein bei Leopoldshafen. Sammelplatz durch Reichsflagge Schwarz-rot-gold erkennlich. Besteller von Ersatzteilen können dieselben bei Gen. Krauß, Wilhelmstr. 66, abholen. 4202 Der Vorstand.

Durlach. (Touristenverein die Naturfreunde.) Seite abend punkt 8 Uhr außerordentliche Mitabenderversammlung.

Nordprozess Angerstein

Ein Gnadengefuß

Bismarck, 14. Juli. Angerstein hat am Schluß der gestrigen Verhandlung die Erklärung abgegeben, daß er die Strafe bedingungslos annehme. Die Verteidiger Angersteins sind übereingekommen, für ihn ein Gnadengefuß einzureichen, womit Angerstein sich mit Rücksicht auf seinen Bruder einverstanden erklärt, aber nur unter der Bedingung, daß dabei bemerkt werde, daß er selbst gegen ein Gnadengefuß sei.

Waluta

nach dem Berliner Kurs vom 16. Juli 1925. Belgien 19.45 M per 100 belg. Fr.; Holland 168.16 M per 100 holl. fl.; Spanien 60.82 M per 100 Pes.; Schweiz 81.45 M per 100 schw. Fr.; Italien 15.58 M per 100 Lire; England 20.39 M per 1 Pfd. Sterl.; Schweden 112.61 M per 100 Kr.; Frankreich 19.84 M per 100 frans. Fr.; Desterreich 59.06 M per 100 Schilling; Neuvort 4.195 M per 1 Dollar; Slowakei 12.42 M per 100 Kr.

Wasserstand des Rheins

Schusterinsel 140, aef. 10; Rehl 245, aef. 5; Waxau 407, aef. 8; Mannheim 291, aef. 5 Zentimeter.

Sonder-Angebot

Kamelhaardecken per Stück 60.- 50.- 38.- **22.-**
Schlafdecken per Stück 20.- 15.- 10.- 8.- 6.- **2.50**

Große Auswahl

Beffbarchent, Matratzendrell, Befffedern
Weiß Cretonne, weiß Halb- und Reinleine
Reste und Restbestände weit unter Preis

Lagerbesuch jedermann lohnend. 4201

Arthur Baer, Kaiserstraße 133
Eingang Kreuzstr. gegenüber der kl. Kirche
Verkaufsräume nur 1 Treppe hoch.

Unerträgliche Schmerzen bereiten Gallensteine.

Sie haben gewiss schon alles mögliche versucht, nichts hat Ihnen geholfen, Verzweifeln Sie deshalb nicht, sondern machen Sie noch einen Versuch mit

„Dr. med. Campe's Cholangolin“

Cholangolin übertrifft in seiner Gesamtwirkung die heilkräftigsten und teuersten Baderkuren, ist im Gebrauch billig und Sommer und Winter ohne erschwerende Umstände zu gebrauchen.

„Cholangolin“ hilft meist sofort!

Verlangen Sie im eigenen Interesse sofort vollkommen kostenlos u. portofrei

Versuchsmenge und die Broschüre:

„Wie beseitige ich die grausamen Schmerzen meines Gallenleidens?“

Schreiben Sie aber noch heute, damit Sie an den Gratissendungen noch teilnehmen können, an Dr. med. G. Campe, G. m. b. H. Magdeburg.

Rnorr Suppenwürst

in 7 Sorten überall erhältlich. Für alle Hausfrauen eine Wohltat durch die einfache und rasche Zubereitung.

Todes-Anzeige.

Berwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht daß unsere liebe Tochter und Schwester

Elise

im Alter von 20 Jahren, nach langem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.

Karlsruhe, den 16. Juli 1925.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Familie Friedrich Hauser

Beererdigung findet am Samstag mittags 3 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt.

Leichenfindung.

Am 2. Juli 1925 vormittags wurde in der Alb bei der Brücke beim Kühlen Krug die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts gefunden. Anhaltspunkte, die zur Ermittlung der Kindesmutter führen könnten, sind bis jetzt nicht bekannt geworden. Die Leiche, die erst nach dem 20. Juni 1925 im Wasser gelegen haben kann, war mit einem Stück rot- und orangefarbenen Matratzendrell, einer Deckunterlage, grau wattiert, einer „Bad-Weste“ vom 5. Juni 1925 und eines Unterhaltungsblattes dieser Zeitung vom 20. Juni 1925 eingewickelt und mit einem Stück Wäscheleinwand umhüllt.

Unter Aufseherung der Verschwiegenheit bei Mitteilung von Anhaltspunkten über die Kindesmutter erucht

Die Kriminalpolizei, Telefon 5323, Karlsruhe, den 16. Juli 1925.

Möbel
Betten: Polsterwaren zu bekannt billigen Preisen
E. Karrer & Sohn
Laden: Ecke Kaiser- und Douglasstraße Hauptpost
Hauptgeschäft: Kriegsstraße Nr. 200 (gleich Ecke Westendstr.)
Zahlungsanleihterung

Beamte, Arbeiter und Angestellte sparen viel Geld, wenn sie ihren Bedarf in **Herren- und Burschen-Bekleidung** bei mir decken **Wolf Amstowski** Zielstraße 30 Karlsruhe gegenüber der Badischen Presse.

Für die Reise

SONDER-ANGEBOT in Offenbacher Lederwaren

— Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten —

Damen-Koffer	Coupe-Koffer
1a Voll-Rindleder, eleg. solide Ausführung	1a Voll-Rindleder, handgenähte Sattlerware
36 39 42 45 48cm	60 65 70 75cm
18.90 21.- 22.50 24.- 25.50	58.- 62.- 65.- 69.-

Wir übernehmen für jedes Stück vollste Garantie

Aktenmappen	Toilette-Koffer
1a Voll-Rindleder mit Griff, 2 Schlösser	in allen Ledersorten bis zur feinsten Luxus-Ausführung. Riesen-Auswahl. Fabrikhaft billige Preise
5.50	

für Farbecht und Wetterfest! 4195

Coupe-Koffer	Rundreise-Koffer
solides Fabrikat 1a Schlösser	allererst. Fabr., rherumf. Hartholz, Ledergr. mit Eins. für Wäsche
50 55 60 65 70 75cm	60 65 70 75 80 85cm
4.50 4.95 5.50 6.20 6.80 7.50	15.- 16.- 17.- 18.- 19.50 21.-

Offenbacher Lederwaren-Vertrieb

nur Kaiserstraße 203, 1. Etage
Kein Laden! Achten Sie genau auf die Adresse.

Paßbilder für Reise und Fahrkarten sofort
Offert-Photos Billigste Preise.
Photogr. Atelier Rausch & Pester Erbprinzenstr. 8

BERUFS-KLEIDUNG ALLER ART


Arch.-Gesang-Verein Edelweiß
Karlsruhe-Daglanden
Gegründet 1895
Samstag, den 18., Sonntag, den 19. und Montag, den 20. Juli
30 jährig. Stiftungsfest
Samstag, den 18. Juli, abends 8 Uhr auf dem Festplatz
Fest-Bankett
unter Mitwirkung der Sportvereine, anschließend gefangliche und sportliche Darbietungen, Ehrung der Gründer und Sänger, Lampionkolonne und großes Feuerwerk.
Sonntag, den 19. Juli
6 Uhr: Beben; 10-12 Uhr: Frühstücken-Konzert; 1 1/2 Uhr: Festzug nach dem Festplatz, hierauf Gesangsvorträge der mitwirkenden Vereine.
Montag von 10 Uhr ab Volks- u. Kinderbelustigung aller Art.
Freunde u. Gönner sind herzlich eingeladen.
Der Festauschuß.

Wenn häßlichen Walemeister, Schlaghausr. 17 befindet, sich folgende Fundstücke: 2 Schmauser n. 2, Ringler n. u. w., 4 Schäferhunde 3 m. u. 1 w., 1 Wredale w., 1 Epherbofard n. u. 1 Überdattel w. Nicht innerhalb 3 Tagen vom Eigentümer abgeholt. Tiere werden getötet bezw. veräußert. 1356
Karlsruhe, 16. Juli 1925.
Städtisches Schlacht- und Viehhofamt.

Druckjagen aller Art liefert
Nachdruck. Volkstreu

Piano modern, kreuzsaitig, fast neu, sehr preiswert
Zahlungsanleihterung
Lang
Kaiserstraße 167
Salamander 200
Schuhhaus.

Württembergischer Hof Edel- und u. Goethestr.

Weinräumungs-Ausverkauf

Weiße Wein: Alter Neuer Preis

23er Deidesheimer	0.25	0.20
21er Deidesheimer	0.40	0.30
23er Raitzhammer	0.30	0.25
24er Hambacher Reiten	0.40	0.30
23er Freinsheimer Riesling	0.35	0.35
23er Weinsheimer Riesling	0.50	0.40

4199 Rotwein:

24er Hambacher	0.25	0.20
23er Raitzhammer	0.30	0.25
23er Deidesheimer	0.40	0.30

Bei Abnahme von 5 Liter Extra-Preis.
Um recht zahlreichen Zuspruch bittet
Peter Niebes.

Klempner sowie jüngere
Arbeiterinnen finden Beschäftigung bei
S. B. Rombach, Gasmessfabrik
Karlsruhe, Roosstraße 23 a.

Fahrräder
Gute Marken mit 1 Jahr Garantie, 25 Mark Anzahlung, bei nur 25 Mark Anzahlung.
Reift in Daten im
Fahrradhaus KAIER, Mühlburg
Nebenstraße 59, neben Strank-Drogerie.

Herren-Anzüge
Sport-Anzüge
Windjacke
Gumm-Mäntel
Breeches-Hosen
Feldgrün-Hosen
Sonntags-Hosen
Mauschetter-Hosen
engl. Leder-Hosen
Zwirn-Hosen
Sommerjoppen
sowie sämtliche Sorten Schuhwaren
officiert billigst

blaue Arbeitsanzüge
graue Drillanzüge
Gipseranzüge
Fuhrmannsblusen
Kochjacken
Negerjacken
Lagermäntel
Laboratoriumsmäntel
Wasserhosen
Eisenbahnerkappen
sowie sämtliche Sorten Schuhwaren
officiert billigst

Weintraub, Aronestr. 52.

Schreibwaren
Ansichtskarten
Schul-Artikel
Briefpapiere
empfehlen
Volksbuchhandlung
Hilberstr. 43, Tel. 3701.

Achtung!
Karlsruhe-Daglanden
In der Schmiede bei der Appenmühle kann fortwährend
Del geschlagen
werden durch elektrischen Betrieb u. sofortige rechte Bedienung.
Joseph Pfisterer
Schmied.

Geschwister
GUTMANN

Damen-Hüte

Grösste Auswahl Billigste Preise!

Badisches
Blechpackungs-
werk
G. m. b. H.
Karlsruhe-Knielingen
Telefon 4708
Herstellung von
Blech-Packungen
Spezialität:
Marmelade-Eimer
Konserven-Dosen

**Richard Baer
Rastatt**

Lampen-Sortier-Anstalt
Telephon 340.

Käufer sämtlicher

Stoffabfälle

aus Schuhe-, Wäsche und
Korsettfabriken.

Strumpf- Wieser



Kaiserstr. 153 Fernruf 740

AEROCLAR

Bestes Mittel gegen

**Salsleiden, Husten
Schnupfen**

Erfolg verlässlich! Herzlich empfohlen
In haben in allen Apotheken.
Aeroclar-Vertrieb C. F. Otto Müller
Chem. Tech. Laboratorium
Karlsruhe i. B. Kaiserstr. 138

**Bauhütte
Karlsruhe**

Gemeinnützige Baugesellschaft
m. b. H.

Übernahme

sämtlicher Bauarbeiten

Büro und Lager:

Rotteckstr. 17 Tel. 5200

**Wichtig
ist**

sich bei Einkäufen
auf den

Volksfreund

zu beziehen.

Städtische Sparkasse Durlach

Postcheckkonto 1216 Karlsruhe Fernsprecher 106/197

Wer seine Lage verbessern und zum Wiederaufbau der
deutschen Volkswirtschaft beitragen will, der bringe
seine Ersparnisse
und wären sie noch so klein
zur Sparkasse.

Wir vergüten seitgemäße Zinsen und versorgen die kredit-
suchende Bevölkerung mit Darlehen; auch besorgen wir
alle bankmäßigen Geschäfte.

Kassenstunden: 8-1/2 und 1/2-1/6 Uhr, Samstags 8-1 Uhr.

Carl Finkelstein

Holz- und
Kohlenhandlg.
Karlsruhe

Röppnerstr. 8. Telefon 2394

liefert

alle Sorten Kohlen

und Brennmaterial

in Ia Qualität

prompt, reell und billig.

Restaurant, Kaffee u. Konditorei

zum

Moninger

KARLSRUHE

Bestbesuchtes Haus am Platze.

Machol & Löwengardt

Pack-, Schreib- u. Druckpapiere

Akademiestr. 5 Karlsruhe Telefon 956

Badische Lederwerke

Karlsruhe-Mühlburg

Handschuhleder-Fabrik

Spezialität: „Veneziana“

Rosenfeld & Co.

Karlsruhe i. Bd.

Metalle / Alteisen / Neueisen

Telefon Nr. 839, 840, 841, 184

Telegramm-Adresse: Metallfeld

We - Ra

Hauschuhe / Sandalen / Spangenschuhe

Hersteller:

S. Weil & Söhne, Schuhfabriken

Rastatt

Hammer & Helbling

Kaiserstrasse 155/157

Haus- und Küchengeräte / Oefen / Herde

Gasherde / Gruden



A. Braun & Co.

Karlsruhe

J. Ettliger & Wormser

Gegr. 1811 Karlsruhe i. Baden Gegr. 1811

Eisengrosshandlung

Metalle

Chemikalien

Metallhütte

Dr. Dannenberg & Co.

Tel.-Adr. Metallurgie G. m. b. H. Telefon Nr. 1987

Unsere Erzeugnisse:

Dopp. raff. Hüttenweichblei Marke M. d. K.
Hüttenhartblei, Schriftmetalle, Lager- u. Weiss-
metalle, Lötzinn, Rotguss, Bronze, Zink.

Friedrich Chr. Kiefer

Karlstraße 4 Karlsruhe Tel. 254 u. 2543

**Kohlen, Koks, Briketts
Holz**

Heinrich Rausch Karlsruhe

Telefon 3477 und 3478 - Büro: Stefanienstraße 54
Lager: Oberfeldstraße (Neues Industriegelände)
liefert

Bauholz nach Liste, Latten, Bretter,
Fußböden usw.

Karl Kastner

Grünwinklerstr. 8 Tel. 2312

Ankauf von Lumpen, Alt-
papier und Neutuchen zu den
höchsten Tagespreisen

**Trinkt
St. Martins-
Bier**

**Spezialbräu der
Brauerei Huttenkreuz
Ettlingen**

Pfannkuch
Für die
Salatzeit
Feinstes
Speise-Öl
offen
Liter 1 30
—
Feinstes
glanzhelles

Erdnuß-Öl
offen
Liter 1 50
—
418
Besonders
behalten und
filtriert
1/2 Liter 1 40
—
Weineßig
Estragoneßig
Essigessenz
Zitronensaft
Pfannkuch

Küchen-
Woche
Ein Waggon
Küchen
eingetroffen.
Preislagen:
250.- 295.- 350.-
neuw. 4193
Möbelkaufhaus
M. Kahn
Gegründet 1875
Waldstr. 22
neben Colosseum.

4.85
6.15
7.30
9.70
kostet ein
Qualitäts-
Oberhemd
Fabrikat
Schorpp
Wäscherei und
Wäsche fabrik.
Verkaufstellen:
KARLSRUHE:
Bernhardstr. 8,
Kaiserstr. 34 und
243, Amalienstr.
15, Waldstr. 64,
Wilhelmstr. 52,
Augustastr. 13,
Schillerstr. 18,
Kaiserallee 37,
Gabelsberger-
str. 1, Rheinstr. 45
DURLACH:
Hauptstraße 51.
BRUCHSAL:
Schloßstraße 3.
RASTATT:
Poststraße 6.

Mietervereinigung Karlsruhe e. V.
Heute Freitag, den 17. Juli 1925, abends 1/2 9 Uhr
Mieter-Versammlungen
für West- und Südweststadt in der Restauration „Unter den Linden“, Kaiser-Allee 71,
für Südstadt, Altstadt und übrige Bezirke im Kaffee Nowak, Ettlingerstraße.
Tagesordnung:
„Die ungeheure Belastung der Mieter — Wohnungselend ohne Ende“
Referenten: Herr Franz Kipphan, Werkmeister a. D., Herr August Ubele, Vorsitzender.
Hierzu laden wir die Mieter höflichst ein.
Der Vorstand.

Unser Jugendwander- und Erholungsheim in
Ebersteinburg bei Baden-Baden steht vor der
Vollendung.
Zum Ausbau und zur Abdeckung unserer großen
Schuldenlast brauchen wir die kräftige Unterstützung
der Gesamtbevölkerung Karlsruhs deren Jugend das
Heim benötigen wird.
Wer die Jugend liebt, hilft uns das schöne Werk vollenden!
Jungbrunnen e. V. 4194

Palast-Sichtspiele
Herrenstr. 11 Telef. 2502
Ab heute!
Der größte Polizeifilm der Welt!
Die Mädchenhändler
von New-York
Verfasser R. Enright, Polizeipräsident von New-York.
Ein Film zur Bekämpfung des internati-
onalen Mädchenhandels, unter tätiger Mit-
wirkung der New-Yorker Kriminalpolizei.
Sieben grosse spannende Akte.
„Er“ hat eine Idee
Lustspiel mit 4189
HAROLD LLOYD.

Nochschulportplatz Falanengarten
Sonntag den 19. Juli, 5 Uhr nachm.
Arbeiter-Sportverein
Hagsfeld
gegen 715
Technische Hochschule
Karlsruhe.
(Deutscher Hochschulmeister 1925.)

Schlafzimmer-Bilder
preiswert. Bilder für alle Räume. Einrahmung
Valentin Schäfers Kunsthandlung, Kaiserstr. 38.

STADTGARTEN
Samstag, den 18. Juli, nachmittags von 3—6 Uhr.
Konzert der Harmoniekapelle. 1315

Wiener Operette im Städt. Konzerthaus.
Heute Freitag, den 17. Juli, abends 7 1/2 Uhr
zum letzten Male die glänzende Kostümoperette
Das Weib im Purpur
von Jean Gilbert.
Billetpreise v. Mk. 1.50 b. 5.30 bei F. Müller, Kaiserstr.; Zigarren-
Brunnert, Kaiserallee; Holzschuh, Werderstr. 48 und an der
Tageskasse.
Morgen Gräfin Mariza. 4197

Sonntag, den 19. Juli 1925
Sonder-Schnellzug
nach Stuttgart
zum Besuch der Ausstellungen
Das Schwäbische Land
Süddeutschlands größte Kultur- u. Heimat-Ausstellung.
Landschaft — Trachten und Volkstum —
Theater und Musik — Werdegänge aus der
Industrie und viele andere Abteilungen.
Zwei Kunstausstellungen
Schwäbische Kunst des 19. Jahrhunderts —
Große Schwäbische Kunstschau „Schwäbische
Kunst der letzten 25 Jahre“.
Abends Sonder-Veranstaltungen.
Sinfahrt: Rückfahrt:
Karlsruhe ab 6.57 Uhr Stuttgart ab 10⁰⁰ Uhr
Stuttgart an 9.16 „ Karlsruhe an 12¹⁶ „
Fahrpreise einschl. Eintritt für alle Ausstellungen
ab Karlsruhe Mk. 5.50 700
Alles Nähere sowie Fahrkartenverkauf;
In Karlsruhe Reisebüro Kaiserstraße 158.

Pfannkuch
Rot-
Weine
Lischwein
1/2 St. 1.-
—
Kouffillon
1/2 Flasche 1 20
—
Dürkheimer
und
Kallstatter
1/2 Flasche 1 30
—
Alle Weine einschl.
Flasche und Steuer 4199
Bordeaux-
Weine
Fachmännische
Behandlung in
eigenen Kellereien
bürgen für
Qualität
Pfannkuch

Gut erhaltener
3/4 Rindervagen
für 25 Mk. zu verk. 23.
Haget, (Grenadierstraße)
Rottstr. 12, St. A. II. Stf.
Möbel
kaufen Sie preiswert
in solider Ausfüh-
rung bei der
Nebenstelle des
Bad. Baubundes
G. m. b. H.
Schloßplatz 13,
Eingang:
Karl-Friedrichstr.

Halt! Nur noch **2 Tage** **Saison-Ausverkauf**
Bedeutend
herabgesetzte Preise
Mäßige Anzahlung
Leichte Abzahlung
Herren-, Damen-
Kinder-Moden
Deutsche Bekleidungsgesellschaft Th. Lucas & Co. Kronenstraße 40,
Ecke Marktgrafenstraße